

Die „Vorzeit“ erscheint morgens am nachmittags, Sonntags und Montags am ...

Die achtspaltige Korrespondenzliste über deren Raum kostet 5.- M. einschließlich ...

Die Vorzeit Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Deutsch-französische Verbrüderung

Unser Gruß an das französische Proletariat

Auf Einladung der französischen Genossen hat der Vorsitzende der U. S. P. D., Genosse Crispian, am 30. Juli bei der Gedächtnisfeier für Jean Jaurès in Paris gesprochen.

„Werte Genossen! Der herzliche Empfang, den Ihr mir soeben bereitet habt, gilt nicht meiner Person, sondern dem deutschen Proletariat, das den Krieg bekämpft hat und das ich vertrete.“

Indem ich das mir in freundlicher Weise angebotene Wort annehme, bin ich tief erregt: Zum ersten Male nach langen Schwerejahren spricht ein deutscher Sozialist zu französischen Sozialisten.

Die großen verantwortlichen Kriegsverbrecher sind mit Schimpf und Schande geslohen. Das, was der Krieg zerstört hat, das ungeheure Böse, das er getan hat, das habe ich, Werte Genossen, noch gestern sehen können, als ich durch einen Teil Nordfrankreichs ge-

fahren bin. Es ist nicht nur Frankreich, sondern es ist ganz Europa, es ist die gesamte Menschheit, die unter den schmerzenden Wunden leidet, die Ihrer prächtigen Heimat widerfahren sind.

Diese Politik steht heute wie gestern bei uns auf den Widerstand der Reaktion. Der Kampf gegen diese Reaktion ist für uns gebieterische Pflicht, wie auch der Kampf gegen den Weltimperialismus heilige Aufgabe für das Proletariat aller Länder bleibt.

Der alldeutsche Betrug

Die in München erscheinenden „Süddeutschen Monatshefte“ haben es sich seit einiger Zeit zur besonderen Aufgabe gemacht, die alldeutsche Lügenpropaganda, die vor und während des Krieges Millionen in den Tod gekehrt hatte, wieder zu erneuern.

Das Unverschämteste an dem neuen Betrug der Alldeutschen aber ist, daß sie das ganze wirtschaftliche Elend Deutschlands, die brüdenden Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages und alles Unangenehme, was seit 1918 über das deutsche Volk kam, diesem angeblich gefälschten Bericht in die Schuhe schiebt.

„Eisner ist tot, aber der Jude Fehrenbach läßt noch irgendetwas auf seinen Blattfüßen in der Welt herum ... Es gibt kein Wort, das scharf genug wäre, um dieses schandbare Verbrechen der zwei Rätejuden entsprechend zu brandmarken.“

Die ganze Wache Eisners und Fehrenbachs war bezahlte Arbeit im Interesse des Feindbundes, und für den Juden Fehrenbach ist in ganz Deutschland kein Galgen hoch genug, um diese Schurkstasche zu fähnen.

Das ist die nackte Aufforderung zum Mord! Man will mit dieser Mordaufforderung in dem Genossen Fehrenbach einen Mitwisser um die geschichtliche Wahrheit beteiligen! Man behauptet nur deswegen, der von Eisner veröffentlichte Bericht sei gefälscht, weil darin die ganze verbrecherische Leichtfertigkeit der deutschen Kriegspolitik enthüllt wird.

Was steht nun tatsächlich in dem von Eisner im Auszug veröffentlichten Bericht? Es wird vom Legationstat von Schön, der den bayerischen Gesandten in Berlin, den Grafen Lerchenfeld vertrat, an den bayerischen Ministerpräsidenten Graf Hertling am 18. Juli 1914 berichtet:

- 1. Der wesentliche Inhalt der österreichischen Note an Serbien und die Ankündigung, daß diese Note am 25. Juli in Belgrad überreicht wird.
2. Daß man sich in Wien den Anschein friedlicher Gesinnung gebe, durch gleichzeitige Beurteilung der Kriegsmisere und des Chefs des Generalstabs.
3. Daß man in Berlin bedauert, daß Graf Tisza, der anfangs gegen ein schärferes Vorgehen gewesen sein soll, durch seine Erklärung im ungarischen Abgeordnetenhaus den Schleier schon etwas gelüftet hat.
4. Daß Serbien derartige, mit seiner Würde als unabhängiger Staat unvereinbare Forderungen nicht annehmen könne, wie sie im Ultimatum aufgestellt werden und daß die Folge des Ultimatus der Krieg sei.
5. Daß man in Berlin durchaus damit einverstanden sei, daß Österreich die günstige Stunde nützt, selbst auf die Gefahr weiterer Verwicklungen hin.
6. Daß man von der Berliner Regierung auf eine Anfrage aus Wien erklärt habe, daß man mit jedem Vorgehen, zu dem man sich dort entschließe, einverstanden sei, auch auf die Gefahr eines Krieges mit Rußland hin.
7. Daß man es in Berlin lieber gesehen hätte, wenn mit der Aktion gegen Serbien nicht solange gewartet worden wäre, und der serbischen Regierung nicht Zeit gelassen würde, etwa von sich aus eine Genugtuung anzubieten.
8. Daß es den „Staatsmännern“ v. Jagow und Zimmermann noch zweifelhaft erschiene, ob man sich in Wien wirklich zum Krieg gegen Serbien aufraffen werde.

Das hat Kurt Eisner im „Berliner Tageblatt“ Nr. 601 vom 24. November 1918 im Wortlaut aus dem Gesandtschaftsbericht veröffentlicht. Die reaktionäre Presse schreibt nun Jeter und Morbio, Eisner habe den Bericht gefälscht, weil er den übrigen Teil des Berichtes nicht veröffentlicht habe, in dem angeblich die Bemühungen Deutschlands um die „Lokalisierung“ des Konfliktes geschildert würden. Die

Die Entscheidung über Oberschlesien bereits gefällt

Der Agentur Radio wird aus London gemeldet: Da die deutsche öffentliche Meinung durch die in Bremen gehaltene Rede des Reichskanzlers Dr. Brüning irrezuleitet wird, in der er auch verlangte, daß ganz Oberschlesien an Deutschland fallen solle, veröffentlicht das Foreign Office (Auswärtiges Amt) eine bedeutende Richtungsstellung. Es erklärt, daß die endgültigen Beschlüsse bezüglich des größten Teiles Oberschlesiens bereits gefällt worden seien und daß nur das Los derjenigen mittleren Teile Oberschlesiens noch nicht entschieden sei, in denen sich die Ziffern der deutschen und der polnischen Stimmen annähernd gleichen, noch nicht entschieden sei. Dagegen könne das Schicksal des anderen Teiles von Oberschlesien nicht mehr erörtert werden.

Zu dieser Radiomeldung sei bemerkt, daß dieses offizielle Kommuniqué des Foreign Office in Paris noch nicht herausgegeben wurde. Weiter erklärt die englische Regierung in einer offiziellen Note, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages eine Teilnahme Belgiens an den Erörterungen des Obersten Rates über Oberschlesien nicht gestatten. Die Frage, ob die belgische Regierung zu anderen Beratungen eingeladen werden soll oder nicht, hänge von den Gegenständen ab, die auf der nächsten Session des Obersten Rates erörtert werden sollen.

Laut „Times“ werden die Franzosen in der Grenzregelung in Oberschlesien einen Mittelweg wählen zwischen den Plänen des Grafen Sforza und Generals De Rond. Hiernach würde das Industriegebiet an Polen fallen. Weiter melden die „Times“, daß der Oberste Rat wahrscheinlich beschließen wird, die ökonomischen Sanktionen aufzuheben, da Deutschland nunmehr alle seine finanziellen Verpflichtungen erfüllt habe. Die drei Rheinstädte werden jedoch weiter besetzt bleiben, da Deutschland seine Verpflichtungen in der oberschlesischen Frage, in der Aburteilungs- und in der Entwaffnungsfrage nicht erfüllt hat.

Faschistisch-sozialistische Einigung

Siehe nachmittag unterzeichneten Vertreter der Sozialisten und Faschisten in Gegenwart des Präsidenten der Kammer, de Nicola, ein Abkommen, durch das sie sich verpflichten, die gegenseitige Bekämpfung einzustellen und Zusammenstöße zu verhindern. Bei Beginn der Sitzung der Kammer wurde de Nicola von allen Abgeordneten lebhaft begrüßt.

Der Generallstreik in Danzig

Drahtmeldung unseres Korrespondenten Danzig, 4. August.

An dem Generallstreik, der kräftig eingeleitet hat, beteiligen sich etwa 50 000 Personen. Er hat bereits auf andere Orte des Freistaates übergegriffen. Die lebenswichtigen Betriebe konnten nur mit Mühe aufrechterhalten bleiben. Ganz Danzig zeigt ein militärisches Gepräge. Sicherheitspolizei, Einwohnerwehr und blaue Polizei sind vollständig militärisch ausgerüstet und durchziehen die Straßen, ebenso berittene Sicherheitspolizei. Autos mit Polizeimannschaften, die Maschinengewehre mit sich führen, durchfahren die Stadt. Trotzdem alles ruhig ist, wurden einzelne Verhaftungen vorgenommen.

Ein besonderes Gepräge bekam der Tag durch das brutale Auftreten des Senators Schimmer und des Freistaatspräsidenten in der heutigen Sitzung des „Volkstags“, die auf Wunsch verschiedener Parteien einberufen war, um zu den gegenwärtigen Verhältnissen Stellung zu nehmen. Im Volkstagsgebäude waren gegen 50 Sicherheitspolizisten, bis an die Zähne bewaffnet, untergebracht, desgleichen erschien auf der Zuschauertribüne ein hartes Polizeiaufgebot. Unter diesen Umständen lehnten die drei sozialistischen Parteien es ab, zu tagen. Als der Präsident des Hauses trotzdem versuchte, die Sitzung weiter zu leiten, entstand große Unruhe im Hause, woraus die Sitzung vertagt wurde. Indessen ließ der Polizeisenator Schimmer, ein früherer christlicher Gemeinsekretär, 50 Mann Sicherheitspolizei in vollständiger Ausrüstung in den Sitzungssaal einmarschieren, die die Abgeordneten, die sich vor der Rednertribüne bewegten, wegklopfen und sie auf die Füße traten. Ein Leutnant der Sicherheitswehr von etwa 20 Jahren nahm auf der Rednertribüne Platz. Der Polizeipräsident ließ darauf die beiden kommunistischen Abgeordneten Schmidt und Karm aus dem Sitzungssaal heraus von Sicherheitsleuten verhaften, weil Schmidt sich in einer persönlichen Auseinandersetzung mit einem bürgerlichen Abgeordneten besand und Karm den Polizeisenator mit einem beleidigenden Ausdruck beleidigt haben soll. Später ließ der Polizeisenator, obgleich kein Anlaß hierzu vorlag, nochmals 50 Mann Sicherheitspolizei einrücken. Trotzdem der Präsident des Hauses die Sitzung geschlossen hatte, versuchte Schimmer zu reden, was ihm von der sozialdemokratischen Opposition unmöglich gemacht wurde. Die drei Linksparteien ließen, da der Senat durch das Auftreten der Schuppelpolizei und die Verhaftung von zwei Abgeordneten gegen das Gesetz und die Verfassung verstoßen hat, die Senatssitzung nicht mehr reden, so daß die Sitzung nach mehrtägiger Vertagung um 6 Uhr aufgehoben werden mußte.

Die bürgerliche Presse verbreitet tendenziöse Meldungen, die behaupten, daß der Streik im Reime erstickt sei. Unsere obige Notiz zeigt, was von diesen Entstellungen zu halten ist.

„Münchener Morgenpost“ hat in ihrer Nummer 37 vom 30. Juli 1921 den bayerischen Gesandtschaftsbericht im Wortlaut veröffentlicht und aus dem im Jahre 1918 nicht veröffentlichten Stellen, die in der Wiedergabe der „Münchener Morgenpost“ besonders kenntlich gemacht sind, geht klar hervor, daß die sogenannten „Lokalierungsbestimmungen“ bewußte Heuchelei waren. Während im Laufe des Berichtes ausdrücklich betont wird, daß für den Fall, daß territoriale Entschädigungen von Serbien gefordert werden, weitere Verwicklungen unausbleiblich sind, wird am Schlusse des Berichtes bereits ausgeplaudert, wie man Serbien unter den Balkanvölkern aufteilen wolle. Aber im gleichen Atemzug heißt es im Bericht, daß England eine Zertrümmerung Serbiens nicht zulassen werde. Man wußte also, daß der Konflikt mit Serbien zu weiteren Verwicklungen, also zum Weltkrieg führen mußte und trotzdem hat man in Berlin darauf gedrängt, daß Oesterreich sich zum Krieg entschließt.

Die abgrundtiefe Heuchelei der deutschen Kriegspolitik geht aber daraus hervor, daß man nach dem bayerischen Gesandtschaftsbericht genaue Kenntnis von dem wesentlichen Inhalt des Ultimatus Oesterreichs an Serbien hatte und daß man sich in der Öffentlichkeit trotzdem als Unschuldsblamé zeigte. In dem bayerischen Gesandtschaftsbericht heißt es darüber, die Reichsleitung werde „mit dem Hinweis darauf, daß der Kaiser auf der Nordlandreise und der Chef des großen Generalstabs sowie der preussische Kriegsminister in Urlaub seien, behaupten, durch die Aktion Oesterreichs genau so überrascht worden zu sein, wie die anderen Mächte“.

Die von Eisner nicht veröffentlichten Stellen entlasten die deutsche Kriegspolitik nicht, sondern im Gegenteil, sie enthalten eine Menge belastendes Material, vor allem das Eingeständnis, daß man Serbien aufteilen wolle, und daß man ganz genau wisse, daß das zum europäischen Krieg führen muß! Was sollen da noch die Redensarten von der „Lokalierung“ des serbisch-oesterreichischen Konfliktes? Es bleibt dabei, daß der von Eisner veröffentlichte bayerische Gesandtschaftsbericht die verbrecherische Kriegspolitik Deutschlands, aber auch gleichzeitig die ungläubliche Dummheit und Lappalsschick der deutschen Diplomatie enthüllt hat, gleichviel, ob man nur die von Eisner veröffentlichten Stellen kennt, oder den ganzen Bericht im Wortlaut. Und von dem ganzen Geschrei der reaktionären Presse über die Fälschung des Berichtes durch Kurt Eisner bleibt nichts übrig, als der große Betrug der alldeutschen Volkserverberber.

Falscher Stolz

Unter der drohenden Ueberschrift „Ja, wir haben die Kredite bewilligt!“ wendet sich der „Vorwärts“ gegen den Leitartikel in unserer gestrigen Morgenausgabe, der die Erinnerung an den 4. August 1914 auffrischt hat. Das Blatt meint, man solle doch den alten Streit um die Bewilligung der Kriegskredite nicht wieder erneuern. Die Partei habe die Kredite bewilligt, „weil sie die Verantwortung für eine Niederlage Deutschlands und für einen Zustand, wie er jetzt eingetreten ist, nicht übernehmen wollte“. Sie habe die Kredite bewilligt, „weil Deutschland gegen eine ungeheure Uebermacht zu kämpfen hatte, an deren Spitze zu Beginn des Krieges der russische Zar stand“. Die Sozialdemokratie sei nicht zusammengebrochen, sondern sie habe im Gegenteil erreicht, daß es jetzt eine starke politische Partei des arbeitenden Volkes gebe, und daß die Arbeiterklasse der stark tragende Pfeiler der deutschen Republik geworden sei. Es mögen im einzelnen Fehler begangen worden sein, in ihren Grundlinien sei aber die Kriegspolitik der Sozialdemokratie die einzig mögliche und richtige gewesen.

Die Aeußerungen des „Vorwärts“ klingen zwar sehr stolz und selbstbewußt, sie dürften aber in der breiten Masse der eigenen Parteianhänger, die aus den Erfahrungen des Krieges und der Revolution gelernt hat, kaum Zustimmung finden. Das hartnäckige Festhalten des rechtssozialistischen Zentralorgans an der Burgfriedenspolitik erscheint um so befremdlicher, als aus zahlreichen Aeußerungen in der rechtssozialistischen Presse über den neuen Programmentwurf der lebhafteste Unwille großer Parteikreise über den geistigen und politischen Verfall der Partei herausging. Mit Entsetzen steht die große Masse der rechtssozialistischen Arbeiterklasse, die durch den Gang der Entwicklung mehr und mehr nach links gedrängt wird und in vielen Fragen die Richtigkeit unserer Anschauungen, unserer Politik erkannt hat, in welchem Sumpf reformistischer Grundlosigkeit sie durch die Parteibureaucratie gedrängt wird.

Es ist keineswegs die Lust an müßigen Streitigkeiten und Haarspaltereien, die uns veranlaßt hat, bei unserem Rückblick auf den 4. August an die historische Schuld der Rechtssozialisten, an das Verhängnis ihrer Kriegspolitik zu erinnern. Ohne klare Erkenntnis dieser Tatsache, ohne Anerkennung des am 4. August eingeschlagenen falschen Weges ist eine Gesundung der sozialistischen Bewegung in Deutschland und die Herstellung einer einheitlichen proletarischen Front undenkbar. Denn von der Kreditbewilligung am 4. August, von der Burgfriedens- und Durchhaltepolitik der offiziellen Sozialdemokratie, von den Handlangerdiensten der großen und kleinen Sozialpatrioten während des imperialistischen Krieges führt eine gerade Linie zu der Preisgabe wichtigster proletarischer Interessen während der Revolution, die in der Roste-Politik der rechtssozialistischen Führerschaft ihre Krönung fand. Derselbe Ströbel, auf den sich der „Vorwärts“ in seiner Antwort unter anderem beruft, hat diese grundlegende Tatsache zu einer Zeit, wo er bereits zur S. P. D. übergetreten war, in seiner Schrift „Die deutsche Revolution, ihr Unglück und ihre Rettung“ klar formuliert: „Daß die Rechtssozialisten — schrieb er — eine so schwächliche Haltung einnahmen und so wenig Mut für die Sicherung der Revolution aufbrachten, lag zum guten Teil an der Politik, die sie seit Kriegsausbruch getrieben hatten. Nachdem sie vier Jahre lang den Burgfrieden praktiziert und die Politik der grundlossten Anpassung geübt hatten, nachdem sie so lange in Schach mit den bürgerlichen Parteien und dem Militarismus die höchste Weisheit erbildet hatten, vermochten sie sich jetzt nicht irdisch zur Politik des Klassenkampfes und der proletarischen Selbständigkeit zurückzufinden.“

Die vernichtende Kritik, die Ströbel hier an der Haltung der S. P. D. im Krieg und in der Revolution übt, hat auch heute Geltung. Nur blindes Sektirertum und öblige politische Verantwärtung kann heute Veranlassung dazu bieten, sich wie der „Vorwärts“ an die Fehler der Vergangenheit zu klammern. Wer den Weg zur Gesundung der deutschen Arbeiterbewegung und zur Verwirklichung des Sozialismus finden will, muß auch den Mut zur Anerkennung der

früheren Fehler und zur Beurteilung jener Politik finden, die die Einheitlichkeit der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung geprengt hat.

Wie geht es

Das Wolffsche Bureau verbreitet folgende Darstellung der „Medlenburger Warte“ über den Landarbeiterstreik: Der ganze Osten Medlenburgs ist bisher ruhig. In der Wisnauer Gegend erwartet man den Streikausbruch bis morgen früh. Die Stimmung unter den Landarbeitern wird als wenig freudig angesehen, jedoch preisen die Führer die Arbeiter zum Streik. Im Bezirk von Neu-Bukow wird auf etwa 16 Gütern, in dem von Güstrow auf 20, in dem von Lübs auf 8, in dem von Hagenow auf fast allen Gütern gestreikt. In der Rehnauer und Gadebuscher Gegend sind jetzt auch die Kolonatsarbeiten verweigert worden. Außer den schweren Ausschreitungen in Banti werden auch aus zahlreichen anderen Orten Gewalttaten gemeldet. Arbeitswillige werden mit Gewalt vom Felde weggeholt. Auf einem Gute bei Mittenburg wurde ein Inspektor von freitenden Landarbeitern erschossen.

Dieser Bericht sieht den Streikberichten der militärischen Geheimorganisationen veraweiselt ähnlich. Da ja außerdem eine große Anzahl ehemalige Freikorpsangehöriger und Geheimbändler unter der Maske der Arbeitsgemeinschaft auf den medlenburgischen Gütern tätig sind, bestehen hier offenbar Zusammenhänge. Wir sehen uns selbstverständlich mit solchem Zeug nicht auseinander und hoffen, unseren Lesern bald einen objektiven Bericht über die Landarbeiterbewegung in Medlenburg geben zu können.

Aber es entsteht die Frage, wie das offizielle Wolff-Bureau dazu kommt, einen so offenbar gehässig und entstellend gefärbten Bericht ohne Vorbehalt zu verbreiten. Ein Nachrichten-Bureau von dem Range des Wolffschen kann sich seine Bedeutung nur durch seine unbedingte Objektivität und Vertrauenswürdigkeit erhalten. Nach solchen Leistungen schwindet allerdings immer mehr die Ueberzeugung, daß wir es bei Wolff mit einem solchen Unternehmen zu tun haben.

Die Aussichten des Bürgerblocks

Im Leitartikel der gestrigen Abendausgabe des „Berliner Tageblatts“ bestätigt Dr. Ernst Feder, daß zwischen Mitgliedern der bürgerlichen Parteien Besprechungen über die Bildung eines alle nichtsozialistischen Parteien von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen umspannenden Bürgerblocks für die Stadtverordnetenwahlen stattgefunden hätten, „und daß sie vielleicht noch fortgesetzt werden“. Von einer politischen Partei gehe aber keineswegs diese Anregung nicht aus, und es sei auch herzlich dumm, den Bürgerblock heute für Berlin zu proklamieren. Herr Dr. Feder scheint doch nicht ganz genau unterrichtet zu sein, denn wie die „Tägliche Rundschau“, ohne demüthigt zu werden, vor einigen Tagen mitgeteilt hat, werden die Verhandlungen zur Bildung eines Bürgerblocks nicht bloß von einigen interessierten Personen, sondern von Vertretern der Parteien selbst, unter Führung der Deutschen Volkspartei, eifrig betrieben. Die Demokraten mögen sich offiziell noch dagegen sträuben, die Ehe mit Deutschnationalen und Volksparteilern einzugehen, im Herzen sind sie doch mit den Grundgedanken dieser werdenden Gemeinschaft einverstanden.

Das geht auch deutlich aus dem Artikel des „Berliner Tageblatts“ hervor. Dr. Feder betont, daß alle bürgerlichen Parteien darin einig seien, daß die bisherige Berliner Stadtverordnetenversammlung „ein unerfreuliches Bild“ geboten habe. Es bestrebe weiter Einigkeit darüber, daß ein Hauptziel der Wahlen vom 18. Oktober die Beseitigung dieser sozialistischen kommunistischen Mehrheit sein muß. Und er rechnet schließlich aus, daß dieses Ziel zu erreichen sei. Zwar hätten bei der vorigen Stadtverordnetenwahl am 20. Juni 1920 die drei Linksparteien rund 180 000 Stimmen mehr erhalten als die nichtsozialistischen Parteien. Bei den Landtagswahlen vom 20. Februar 1921 aber seien im jetzigen Groß-Berlin für die nichtsozialistischen Parteien fast 10 000 Stimmen mehr als für die Sozialisten und Kommunisten abgegeben worden.

Was will man also noch mehr? Ganz gleich, ob der Bürgerblock eine formelle Tatsache wird, oder ob die Demokraten klüger zu handeln glauben, wenn sie getrennt aufmarschieren; im Ziel ist man sich einig. Es ist gerichtet gegen die gesamte Arbeiterklasse, auf Wiederherstellung der Vorherrschaft des bestehenden Bürgertums. Die Arbeiterklasse muß also jetzt wissen, um was es sich bei den kommenden Stadtverordnetenwahlen handelt!

Auch eine Erledigung

Ein Sieg der Reaktion

Die Angelegenheit des Direktors Burg von der Fürstin-Bismarck-Schule in Charlottenburg, die seinerzeit ausführlich in der „Freiheit“ behandelt wurde, hat jetzt ihre endgültige Erledigung gefunden. Allerdings eine Erledigung, die dem ganzen Kurs in Neu-Preußen entspricht. Dieser Direktor Burg, der unter seinen Schülerinnen Abstimmlungen über die Wiederanbringung der Kaiserbilder vornehmen ließ, seine Taten später ableugnete und die Behörde gegen die Lehrer behielt, die seinem Treiben entgegengetreten, ist auf seinem Posten geblieben, die ihm Treiben entgegengetreten, ist auf seinem Posten geblieben, die ihm Treiben entgegengetreten, ist auf seinem Posten geblieben. Für den ersten schweren Fehler begangen dadurch, daß er den Direktor nicht sofort, sondern erst mit dem 1. Oktober verfehlen wollte. Bei dem noch günstigeren Wind, der nunmehr für Leute dieser Art im Kultusministerium weht, braucht der Direktor nicht zu gehen, sondern die dem Staat und der Schule ständige Lastung verschaffen wollen. Man darf also in der deutschen Schulverwaltung getrost die Verordnungen des Kultusministeriums kopfzoteln, ohne Gefahr zu laufen, ernstlichen Anstoß zu erregen. Nimmt es da auch wunder, wenn der republikanischen Regierung der denkbar geringste Respekt entgegengebracht wird?

Von Interesse ist noch zu erfahren, welche Stellung der Berliner Magistrate als Schulbehörde zum Falle Burg eingenommen hat. Im übrigen wird die Angelegenheit nach den preussischen Landtag beschäftigen, dem drei Anträge vorliegen und zwar von deutschnationaler, demokratischer und rechtssozialistischer Seite.

Der Märzpuff — das größte Verbrechen

In den Berichten der Berliner „Roten Fahne“ sind die von Trotsky und Lenin in Moskau abgegebenen Urteile über den Märzpuff „gemildert“ worden. In Wirklichkeit haben sich diese beiden Führer der Dritten Internationale mit der größten Schärfe gegen die Märzaktion gewandt. So sagte beispielsweise Trotsky wörtlich:

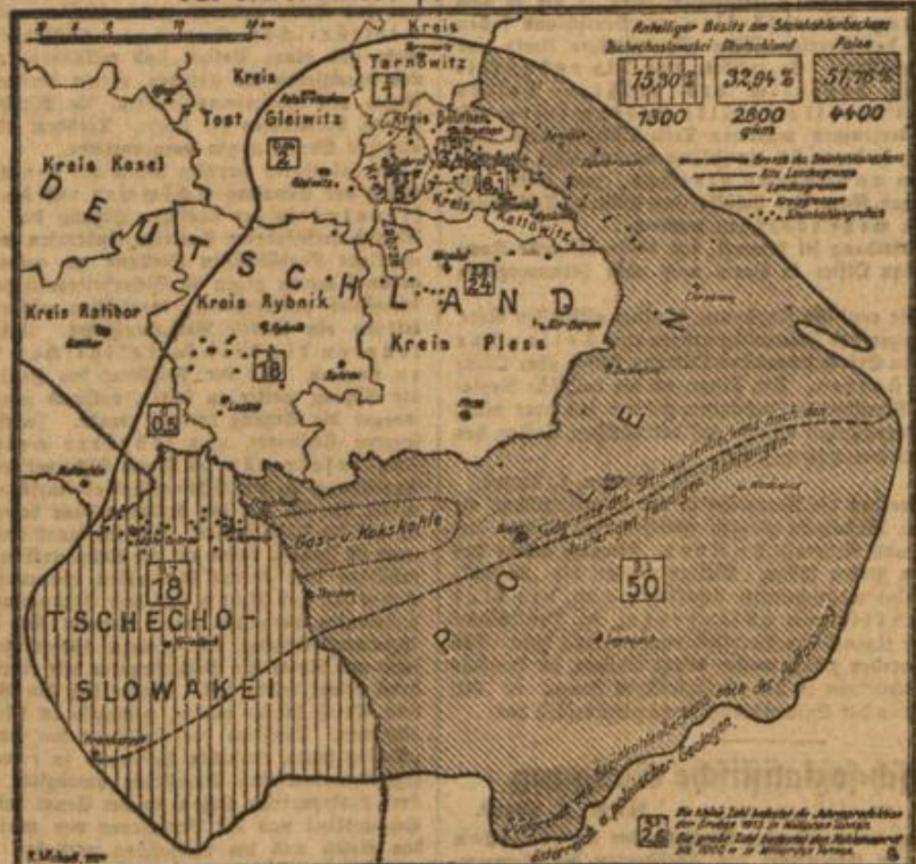
Wir dürfen die Kritik der Märzaktion nicht phrasologisch verdecken und sind verpflichtet, der deutschen Arbeiterklasse klipp und klar zu sagen, daß wir diese Offensivphilosophie als die größte Gefahr und in der praktischen Anwendung als das größte politische Verbrechen auffassen.

Und Sinowjew sagte: Wir sprechen offen aus, daß große Fehler gemacht worden sind. Die Theorie der revolutionären Offensive war eine Dummheit, es war eine Schwäche. Gott behüte uns vor dieser Theorie.

Hierzu muß freilich bemerkt werden, daß die „Theorie der revolutionären Offensive“, diese „Dummheit“ und „Schwäche“ einer nicht unwesentlichen Bestandteil derjenigen Politik ausmachte, die Sinowjew in Halle vertretet und mit der er die Notwendigkeit der Spaltung unserer Partei begründete. Sinowjews jegliche Erklärungen in Moskau sind als unzeitweiliges Eingeständnis dafür aufzufassen, daß die Spaltung unserer Partei einer Dummheit entsprungen ist. Leider reicht die Schamhaft eines Sinowjew aber nicht aus, um die verderblichen Folgen dieser Dummheit rückgängig zu machen. Sinowjews Weisheit erschöpft sich vielmehr in der geschickten Vertuschung seiner eigenen Dummheit. Zu Trotskys Erklärung aber muß gesagt werden, daß die „Offensivphilosophie“ nicht in den Köpfen der deutschen Arbeiterklasse spukte, sondern daß diese Philosophie als angeblich neue Erkenntnis von den führenden Wirkkräften der kommunistischen Zentrale den Massen aufgetragen werden sollte. Durch die „Offensivphilosophie“ sollte nach dem Wunsch der kommunistischen Zentrale ein radikaler Bruch mit der Vergangenheit vollzogen werden. Die Verhängnisse in Mitteldeutschland und die überfüllten Zuchthäuser und Gefängnisse waren das Ergebnis.

Die irischen Eisenbahner gegen den Lohnabbau. Auf dem irischen Hochvereinigungskongreß in Dublin erklärten die Delegierten und Mitglieder des Nationalbundes der Eisenbahner, daß sie die Lohnermäßigungen bis zum Äußersten bekämpfen würden.

Das oberschlesisch-polnische Steinkohlenbecken.



Die Karte veranschaulicht die Grenzen des großen oberschlesisch-polnischen Steinkohlenbeckens nach den Ergebnissen der bisherigen Bohrungen und der geologischen Auffassung österreichischer und polnischer Sachverständiger. Von den drei Staaten besitzt Polen schon heute den größten Teil des Kohlenbeckens, nämlich 51,70%, mit einem Kohlenvorrat von 50 Milliarden Tonn.

Rundgebung der Sowjetregierung

An alle Mächte!

DE. (Drahtbericht.) Riga, 4. August.

Die Sowjetregierung hat sich mit einer Note folgenden Inhalts an sämtliche ausländischen Regierungen gewandt: Die Bereitwilligkeit, den Hungerleidenden Russlands zu Hilfe zu kommen, die bei den verschiedenen Bevölkerungsschichten und Organisationen nahezu aller Staaten Europas und Amerikas zutage getreten sei, habe das ganze russische Volk und seine Arbeiter- und Bauernregierung mit dem Gefühl innigster Dankbarkeit erfüllt. Um verschiedenartigen Falschmeldungen über die Lage in Russland entgegenzutreten, erkläre die Sowjetregierung hiermit, daß auf Grund genauer Feststellungen die Bevölkerung der hungernden Wolga- und Kama-Gouvernements 15 Millionen betrage. Zu ihrer Verpflegung seien, nach den auf die Hälfte herabgesetzten Rationen gerechnet, 53 Millionen Pud Brotgetreide und für die Herbstsaat 15 Millionen Pud Saatgetreide nötig. Vorräte in den betreffenden Gouvernements fehlten vollständig. Da der Ernteausfall auf dem Gesamtgebiete der Sowjetrepublik noch nicht feststehe, könne noch nicht bestimmt werden, inwiefern Russland mit eigenen Ernterträgen werde auskommen können. Ein beträchtlicher Teil der hungernden Bevölkerung sei bereit, in Gebiete mit besserer Ernte auszuwandern. Inzwischen erwidern die Meldungen über Unruhen und Aufstände jeglicher Grundlage.

Die Sowjetregierung habe alle Mittel zur Linderung der Not ergriffen. Sie werde hierin von allen Bevölkerungsschichten, auch von den Vertretern der früher beschlissenen Klassen, unterstützt, die an die Hilfsaktion keine politischen Ziele knüpfen. Das autonome Allrussische Hilfskomitee in Moskau, das unter Teilnahme von Vertretern der früheren Dementlichkeit gebildet sei, habe das Recht erhalten, alle Vorräte, die es werde beschaffen können, selbstständig und durch eigene Organe zu verteilen. Eine Absonderung des Hilfskomitees und Abordnung der Zentral-Hilfskommission des Allrussischen Zentralerlöskomitees, der Gewerkschaften und Genossenschaften würde demnach nach dem Auslande reisen. Hilfsangebote ausländischer Organisationen lägen der Regierung bereits vor. Die Sowjetregierung werde ohne alle politischen Rücksichten jede Hilfe entgegennehmen, von wem sie auch ausgehe. Die Note schließt mit einer Dankagung an alle, die sich bereits erboten haben, dem russischen Volke zu helfen, und

erlaubt sämtliche Regierungen, ihren bei der Hilfsaktion tätigen Bürgern keine Hindernisse in den Weg zu legen.

DE. (Drahtbericht.) Riga, 4. August.

Das Moskauer autonome Hilfskomitee für die Hungerleidenden hat beschlossene, folgende Beschlüsse als Delegierte ins Ausland zu entsenden: den früheren Reichsdumapresidenten Golsowin, den früheren Minister der Kerenski-Regierung Prokopowitsch und dessen Frau, die bekannte Journalistin Kusowa, die Tochter Tolstois Alexandra Tokkai, den Bakteriologen Prof. Tarasewitsch und den ehemaligen Vorsitzenden der Moskauer Genossenschaftsbank Awjattissow. Maxim Gorki reist in besonderem Auftrag ins Ausland. Der bekannte Genossenschaftler und Kommunist Chinschuk wird von der Zentral-Hilfskommission des Allrussischen Zentralerlöskomitees ins Ausland entsandt.

Die Moskauer Genossenschaftskonferenz

D. S. Kewal, 3. August.

In Moskau tagte eine allrussische Konferenz von Vertretern des Zentral-Genossenschafts-Bundes („Zentrososus“). Sie wurde mit der Verlesung eines Schreibens Lenins eröffnet, das die Genossenschaften zur tätigen Teilnahme am Kampfe gegen den Hunger aufrief. Im Namen des Vorstandes des Bundes erstattete der bekannte russische Genossenschaftler Chinschuk Bericht über die Aenderung der Regierungspolitik in Bezug auf die Genossenschaften und teilte mit, daß nach der Entlassung der Genossenschaften auch ihre Finanzierung durch den Staat demnach eingestellt werden würde. In der Diskussion wurde von zahlreichen Konferenzteilnehmern die frühere Regierungspolitik und die Politik des kommunistischen Zentralverbands-Vorstandes, die zu einer Lähmung der Genossenschaften geführt hätten, aufs Schärfste angegriffen. Nunmehr seien die Genossenschaften den gewaltigen Aufgaben, vor die sie durch den plötzlichen Umschwung der Regierungspolitik gestellt seien, nicht gewachsen, zumal die Lokalbehörden der neuen Politik der Regierung kein Verständnis entgegenbrächten. Die Genossenschaftsarbeit müßte durch die Hinzuziehung neuer Kräfte besetzt werden. Andere Teilnehmer beanstandeten die niedrigen Äquivalente, die den Bauern bei Getreidekäufen geboten würden. In seiner Erwiderung betonte Chinschuk, daß nur diejenigen Elemente des Genossenschaftswesens würden heben können, die im Geiste der Sowjetpolitik daran tätig seien. Nach Mitteilung der Petersburger „Brawda“ haben sich die parteilosen Konferenzmitglieder an den Wahlen des neuen Vorstandes nicht beteiligt, um die ganze Last der Verantwortung den Kommunisten allein zu überlassen.

Berleumder aus Beruf?

Aus Zürich wird uns geschrieben:

In der Berliner „Roten Fahne“, dem Zentralorgan der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands, wird in einem Artikel der Nummer vom letzten Sonntag, betitelt „Um die Hilfsaktion für Sowjetrußland“, folgende freche Lüge aufgeführt:

„Erzwecklicherweise scheinen die Arbeiter in allen Ländern diese Gefahr immer mehr zu erkennen. Dem untrübsamen Beispiel der deutschen Rechtssozialisten, die die rein proletarische Hilfsaktion durch Beteiligung an derjenigen des Bürgertums zu sabotieren suchen, sind bisher nur die völlig art- und wesenstypischen Schweizer Sozialdemokraten gefolgt.“

Ob die Berliner Lügenfabrik diesen Schwindel selbst in die Welt gesetzt hat oder sich ihn von ihren Gesinnungsgenossen in der Schweiz herüber gelassen, können wir hier nicht nachprüfen. Wir nennen lediglich die Tatsache, daß die kommunistische Presse auch in einer für das russische Volk so furchtbar tragischen Situation nicht anders kann, denn ihr Gedächtnis des Lügens und Berleumdens weiter zu betreiben und selbst aus der Hungertatrophe Sowjetrußlands parteipolitisch Kapital zu schlagen sucht. Auch nicht ein Wort in der schwerhörlichen sozialdemokratischen Presse, das bisher über die russische Hungertatrophe geschrieben wurde, berechtigt die Kommunisten dazu, die Schweizerische Sozialdemokratische Partei in ihrem Verhalten mit den deutschen Mehrheitssozialisten gleichzusetzen. Noch bevor die Schweizerische Parteileitung offiziell zu der russischen Hungertatrophe Stellung nahm, hat sich unsere Presse für eine rückhaltlose Beteiligung an der internationalen Hilfsaktion eingesetzt und Ende letzter Woche ist der gemeinsame Aufruf der Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz und des Bundeskomitees des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes „Für das hungernde Rußland“ in allen unseren Parteiblättern erschienen. Wir sind neugierig, ob die Leitung der Schweizerischen Kommunistischen Partei und deren Presse noch über so viel Anstands- und Wahrheitsgefühl verfügen, um dafür zu sorgen, daß der oben zitierte Schwindel der Berliner „Roten Fahne“ widerrufen wird.

Die betrübten Lohgerber

Vor einigen Tagen hat in Berlin der Zentralausschuß der D. R. P. D. gegen und zum Moskauer Kongreß Stellung genommen. Es sind eine Reihe von Reserven gehalten worden, denen sich eine ausgedehnte Diskussion angeschlossen. Im Mittelpunkt der Ausführungen standen die Fehler, die die kommunistische Partei in Deutschland gemacht hat. Die kommunistische Partei ist dieserhalb ja auch auf dem Moskauer Kongreß [Gorki] gerügt worden. Heute muß nun selbst Priesland, einer der Befürworter der sogenannten „neuen Taktik“, eingestehen, daß die deutsche kommunistische Partei schwere Sünden begangen habe. Als wir vor und während der Märzaktion auf diese Fehler hinwiesen und im Interesse der deutschen Arbeiterbewegung vor ihnen warnten, wurden wir als Verräter und selbes Gefindel bezeichnet. Die Offensivtaktik, die zur Fällung der Zuchthausler und Gefängnisse diente, wurde als großartige Tatbestände gefeiert und jeder, der es wagte, diese Taktik zu kritisieren, galt als ein Dummkopf. Heute schwören die Kommunisten ab, was sie gestern noch heilig gesprochen hatten.

Es gibt nun innerhalb der D. R. P. D. eine sogenannte Opposition, die sich auch während der Beratungen des Zentralausschusses geäußert hat. Sie war ja schon in Moskau vertreten. Aber diese Opposition verfügt über keine Lebenskraft. Ein paar armfertige Lichtlein sind abgebrannt worden, die sofort verlöschen, wenn die Ungeheuerlichkeiten von Moskau einen Atemzug von sich geben. Wo ist Klara Zetkin, die „erprobte Kämpferin“, die nach dem Märzputsch sich auf Lenins Seite schlug und den Kampf durchführte, wollte bis zur Klärung? Wo ist Braß, Ernst Däumig und alle die anderen, die, als sie noch der Unabhängigen Partei angehörten, die schwersten Kämpfe ritten? Wo ist ihr großes Geschick geblieben, das sie während der Spaltung aufwachten? Die ehemaligen Unabhängigen sind heute die Abhängigen geworden. Sie haben sich entweder in die Kaufschächer verflochten oder warten in einem Schmollwinkel auf bessere Tage.

Das sind Kämpfer, mutig und aller Achtung wert! Als Gegner der Opposition wählten sie für die Zentralausschüsse keinen anderen als Paul Reumann. Er hielt eine unerwartet-andererlei Rede und legte schließlich im Namen der Opposition folgenden Antrag vor:

„Im Interesse der einheitlichen Kampfsmöglichkeit der Partei wird verlangt:

der Rücktritt der Zentrale, parteiliche Neuwahl der Zentrale bis zum Parteitag.“

Sicherstellung völliger Diskussionsfreiheit

... nur begrenzt durch den Rahmen des kommunistischen Programms,

Reuebelegung der Redaktionen,

Rückgängigmachung der Maßregelungen, die

aus Erbschließung der Opposition hinstelen,

Rückgängigmachung der Delegiertenwahlen zum Parteitag.“

Zum Schluß betonte Neumann, daß die Opposition jede Sonderpropaganda außerhalb des Rahmens der Partei einstellen werde, wenn der Antrag angenommen und durchgeführt würde. Das wird natürlich nicht geschehen, und so wird der Kampf innerhalb der D. R. P. D. in offener und verdeckter Form weitergehen. Eine Klärung, aus der auch die deutsche Arbeiterklasse irgendeinen Nutzen ziehen könnte, wird nicht erfolgen. Der Streit der Kirchensgläubigen kann nicht befruchtend auf die Arbeiterklasse wirken. Er wird solange weitergehen, bis das Chaos vollkommen ist, und der Schlußeffekt wird sein: zunehmende Indifferenz und allgemeines Erstarken der Reaktion, das heißt, wenn sich die kommunistischen Arbeiter nicht endlich auf sich selbst besinnen, sich von einer Führung, die nur Niederlagen organisieren kann, loslagern und sich wieder in die große Front der wirklich revolutionären Proletariats einreihen.

Die spanische Niederlage in Marokko

Aus Spanien wird uns geschrieben:

Die Aufregung, die durch die Niederlage der spanischen Truppen in Marokko hervorgerufen worden ist, will sich nicht legen. Die Auffassung über die Ursachen der Niederlage sind wohl verschieden, in einem Punkte sind sich jedoch alle Gesellschaftsklassen einig: daß gewisse, durch die aktiven Offiziere seit längerer Zeit eingebürgerten Sitten aus der Armee zu entfernen sind. Die Herren vernachlässigten die Pflichten ihres Berufs, den sie selbst gewählt haben, und dem sie ihre Ehrenstellung und Einkünfte verdanken, die dem Lande sehr teuer zu stehen kommen.

Das sind die Meinungen, die man frei äußern darf. Nicht nur in den Arbeitervereinen von Madrid, sondern auch in den politischen Klubs, wo sich hohe Staatsbeamte, Arbeiter und reiche Bürger treffen. Und was in der Hauptstadt zutrifft, trifft in gleicher Weise auf die Provinz zu.

Die Regierung versuchte, sich der Situation gewachsen zu zeigen und führte deshalb die — Presse gegen sich ein. Man kann nicht einen einzigen Artikel über die Vorgänge in Marokko veröffentlichen, der nicht genau mit den offiziellen Informationen übereinstimmt. In diesen offiziellen Informationen findet man nun alles, nur nicht das, was für die Bevölkerung von wirklichem Interesse ist. Es steht aber fest, daß die Operationen im Gebiete von Melilla von dem General Fernandez Silvestre unternommen wurden, ohne den kommandierenden General oder die Regierung davon in Kenntnis zu setzen. General Silvestre ist ein Günstling des Königs, eine sehr impulsive Natur, und er sah den modernen Krieg als wie den ehemaligen Guerillakrieg. Er hält es nicht für nötig, irgend jemand danach zu fragen, welchen Gebrauch er von den Menschen und Mitteln machen soll, die die Regierung in seine Hände gegeben hat. So hatte er sich denn vorgenommen, den Chef der Rabalen zum Gefangen zu machen, um sich dann mit dieser Tat in Spanien rühmen zu können. Die Aktion ging in umgekehrtem Sinne aus. Die Rabalen schlugen die Spanier, bemächtigten sich des ganzen Staates, erbeuteten das Kriegsmaterial und brachten den Spaniern Verluste bei, die sich auf ungefähr 15 000 Mann belaufen. Die Niederlage rief in Spanien eine wahre Panik hervor, zumal niemand etwas davon mußte, daß in Marokko Kämpfe im Gange waren. General Silvestre nahm sich auch nicht, wie die ersten Nachrichten aus Marokko lauteten, das Leben, sondern er und sein gesamter Staff wurden von den Rabalen umzingelt und niedergeschossen.

Trotz der großen Entrüstung, die durch die Nachricht über das Blutbad hervorgerufen wurde, hat die Bevölkerung ihren Gleichmut bewahrt. Jedoch wurde durch spontane Rundgebungen der Wille ausgedrückt, daß ein radikaler Wechsel der bisherigen Politik notwendig sei. Es ist sehr wahrscheinlich, daß der Kriegsminister und der Minister des Inneren in kurzer Zeit zurücktreten werden. Das gegenwärtige Kabinett, dessen Bestehen solange unklar war, wird sich höchstens noch bis zum Oktober halten können. Ganz allgemein wird auch die Einberufung des Parlaments verlangt und sogar die Rechtsparteien fordern eine gründliche Untersuchung über das, was sich jenen in Nordafrika zugefallen hat.

Die Militärpartei, deren Kühnheit ebenso groß ist wie ihre Tollheit, erhebt sich in phantastischen Plänen und Träumen, sie verlangt, daß ein großer Kriegsapparat nach Marokko geschickt wird, um Rache vorzunehmen. So äußerte sich z. B. General Lavan einem Journalisten gegenüber, daß alle Vorbereitungen für einen großen Krieg getroffen werden müßten. Ein konservativer Berichterstatter verlangt die Entsendung einer Armee nach Marokko von mindestens 500 000 Mann. Jedoch geht die Uhr der Militärs furchtbar nach. Sie wissen nicht mehr, in welcher Zeit sie eigentlich leben.

Die Herrschaft der Militärmacht in Spanien ist jedenfalls vorüber. Die Bevölkerung ist zwar noch opferwillig, aber sie wird keine neuen Abenteuer dulden. Das ist die Sprache, die die Arbeiterorgane führen, in deren Letztinstanz es heißt: Weder Rückzug noch Abenteuer! Die Arbeiterklasse unterstützt im gegenwärtigen Augenblick diese Politik, einen totalen Rückzug aus dem marokkanischen Wespennest fordert sie einstweilen noch nicht.

Die neue Wolke am Balkan

Genosse Noel Buxton richtet folgenden Brief an den Herausgeber der englischen Zeitschrift „The Nation“, der auch für unsere Leser interessant ist und mancherlei Vergleiche gestattet.

„Vor einigen Wochen durfte ich in den Spalten von „The Nation“ und „The Athenaeum“ die Aufmerksamkeit auf einige auffällige Faktoren lenken, die den Frieden im Balkan bedrohen. Bulgarien sah nicht mehr weit davon entfernt zu sein, sich der gemeinsamen Aktion von Griechenland, Jugoslawien und Rumänien entgegenzusetzen zu müssen. Während die drei alliierten Balkanstaaten in Sofia gegen das Erscheinen von festen bulgarischen Verbänden in Mazedonien und anderen Gebieten Vorstellungen erhoben, zirkulierten Gerüchte über einen möglichen Einfall in Bulgarien unter dem Vorwand „Sanktionen aufzuheben“. Man nimmt an (dieser Ausspruch ist geläufig), daß nur das wirksame Eingreifen der Alliierten Bulgarien vor diesem Schicksal retten könne.“

Neuerdings zeigt ein Telegramm aus Sofia, daß die Gefahr keineswegs vorüber ist. Die griechischen Truppen benehmen sich so, daß sie Ruhe und Ordnung aufs schwerste gefährden. Eine Truppe von 50 griechischen Soldaten griff einen Posten von 15 Bulgaren an der Südgrenze nahe dem Schwarzen Meere an, tötete zwei und verwundete einen anderen und raubte alle vorhandenen Gewehre. Die Bulgaren, die die heimischen Eliten des Lebens im Felde genau beobachten, waren völlig überlastet. Die Verantwortlichkeit für diese letzte Ausschreitung liegt offenbar nicht bei Bulgarien. Aber es ist unvermeidlich, daß Unordnung die Folge von solchen Zwischenfällen sein wird. Und es ist fast ebenso unvermeidlich, daß Bulgarien angegriffen werden wird, die Unordnung provoziert zu haben. Wir werden noch mehr über die Notwendigkeit von „Sanktionen“ hören.“

Aus diesem und anderen Gründen hat die bulgarische Regierung die erste Aufforderung an die Alliierten gerichtet, sogleich eine internationale Untersuchungskommission einzusetzen, die die Lage auf der Stelle prüfen soll. In dem Bestreben, den Frieden um jeden Preis zu wahren, läßt Bulgarien nichts unversucht, um seine ganze Politik zur Zufriedenheit der Alliierten zu führen. Der gute Wille Bulgariens, der von Frankreich oder Großbritannien nicht in Frage gestellt worden ist, läßt keinem seiner Nachbarn einen Vorwand für Aktionen. Der nächste Schritt von Seiten der Alliierten sollte sein, Griechenland, Jugoslawien und Rumänien zu verpflichten zu geben, daß bulgarisches Gebiet unverletzlich ist. Diese neue Demarche ist notwendig geworden durch die Tatsache, daß Bulgarien keine nennenswerte Armee hat, da seine Verluste, die im Vertrag von Neuilly erlaubte Macht von 80 000 Mann freiwillig zusammensubtrahieren, vor kurzem schlagartig sind. Seine gegenwärtige schutzlose Position scheint seine Nachbarn mehr zu reizen, es anzugreifen, als die Ausnahme von freundschaftlichen Beziehungen zu begünstigen. Ihr Noel Buxton.“

Entlassung von Offizieren. In Erfüllung der Londoner Entwaffnungsnotiz der Entente-Mächte sind mit dem gestrigen Tage vorbehaltlich der Regelung ihrer Verlorenung wiederum 190 Offiziere aus der Reichswehr entlassen worden. Es handelt sich dabei um diejenige Beringerung der Offizierstellen, wie sie General Koller zwecks Einreichung der höheren Verwaltungsoffizierstellen wie der Zahlmeister in die im Friedensvertrage uns erlaubte Zahl von 4000 Offizieren nachträglich gefordert hatte.

Fürsorgestellen für das besetzte Gebiet in Heidelberg. Von den Ländern Preußen, Bayern und Hessen sind in Heidelberg Fürsorgestellen für das besetzte Gebiet errichtet worden. Sie dienen besonders dem Schutz der ausgewiesenen Personen, der Regelung der Entschädigungsangelegenheiten, der Überprüfung aller Meldungen aus dem besetzten Rheinland und der Beobachtung und sachlichen Abwehr aller Lösungsbestrebungen.

Schwarzmaßeien in Braunschweig. In einigen größeren Braunschweiger Werken befinden sich seit kurzem die Metallarbeiter wegen Lohnforderungen im Auslande. Die Metallindustriellen geben sehr durch Fabrikantisch bekannt, daß sie alle Metallarbeiter aussetzen werden, wenn bis Freitag keine Einigung in dem vom Streik betroffenen Betrieben erfolgt ist.

Waldbrände und Gewitterkatastrophen

Die Nachrichten über umfangreiche Waldbrände mehren sich. So brach vor einigen Tagen in der Staatsforst Schwetzing bei Magdeburg erneut ein Waldbrand aus, dessen Entstehen durch Gelohnte der Reichswehrartillerie verschuldet worden sein soll. Dem Brande fielen rund 300 Morgen Waldbestand zum Opfer. Die Reichswehrtruppen und Feuerwehren der Umgebung beteiligten sich an den Lösungsarbeiten.

Aus Siegen wird gemeldet: Ein Waldbrand vernichtete am Mittwoch in den dem Hülften zu Sann-Wittgenstein-Berleburg gehörigen Wäldungen 400 bis 500 Morgen schätzungsweise reiche Nadelbestand. Der Schaden wird auf mehrere Millionen geschätzt. Das Entstehen des Brandes wird auf Funkenauswurf einer Lokomotive zurückgeführt.

Nach einer Meldung der „Münchener Neuesten Nachrichten“ brach am Mittwoch mittag am Hohenstaufen, oberhalb der Stadt Reichenhall, ein großer Bergbrand aus, dessen douschehe Flammen bis ins Tal bemerkbar sind. Um 3 Uhr nachmittags hatte das Feuer den Weg bis zum Grat des Berges gefunden, der in einer Ausdehnung von 500 Metern in Flammen griffen ist. In eine Bekämpfung des Bergbrandes kann nicht gegangen werden. Den auf dem Gipfel des Berges befindlichen Personen ist der Rückweg abgeschnitten. Inzwischen ist der Brand durch den Regen in der Nacht zum Donnerstag gelöscht worden.

Während des am Mittwoch abend niedergegangenen Gewitters schlug der Blitz dreimal in München ein und tief Brände hervor. Der größte Brand entstand auf dem Hofgelände der Holzfirma Heerich in der Landsberger Straße. Die Feuerwehre arbeitete mit einem großen Aufgab. Maschinen, Werkzeuge und Holzvorräte fielen in großen Massen den Flammen zum Opfer.

Im Waldgebiet des Rittergutes Glöckchen bei Röllin entstand am Mittwoch nachmittag ein großer Brand auf dem Holzlagerplatz der Riedererischen Holzgesellschaft. Infolge des wechselnden Windes breitete sich das Feuer mit rasender Schnelligkeit aus. Schätzungsweise sind 350 Morgen Wald niedergebrannt. Der Schaden beläuft sich auf einige Millionen Mark. Die Ursache ist unbekannt. Die Rauchentwicklung war überall so stark, daß die umliegenden Städte Belgard und Schweidnitz in dicke Rauchwolken eingehüllt waren.

Theater und Vergnügungen

Volkstheater
 Komische Oper
Die Ballerina des Königs
 (Königsmann, 80)

Deutsches Theater
 Komische Oper
Der Herr Verteidiger
 (Hell, Gedde, Kaiser-Tal)

Berliner Theater:
 Täglich 7.30 Uhr:
Milliarden
 SOUPER

Das Casino-Theater
 ERÖFFNET
 seine 21 jährige Spielzeit
 Freitag, den 12. August

Residenz-Theater
 Täglich 7 Uhr:
Traumulus
 mit Albert Wallermann

Berliner Prater
 Saison-Abend 7.00
 Internationale
 Ringkampf - Konkurrenz
 Varieté

Kleines Theater
 Täglich 8 Uhr:
Gafanovs Sohn
Walhalla-Theater
 Täglich 7 1/2 Uhr:
Die Königin der Luft

Elite-Sänger
 Neues
 August-Programm!
 Donnerstag, 11-11/2, und 4-6 Uhr.

Volks-Reise-Verband
 Neukölln
 Münchener Straße 53
 Vom 3. bis 10. September:
Durch den Odenwald zum Neckar bis Heidelberg

Elite-Sänger
 Neues
 August-Programm!
 Donnerstag, 11-11/2, und 4-6 Uhr.

NORDISCHE MESSE IN KIEL
 vom 15. bis 18. September 1921
 Gleichzeitig mit der Kieler Herbstmesse für Kunst und Wissenschaft vom 5. bis zum 12. September 1921

Achtung! Radfahrer!

Neue Laufdecken 39.50, 45 Mk.
 Prima Gebirgsreifen 69.50, 75, 85, 90 Mk.
 Gletscherreifen, extra prima 85 Mk.
 Schlauch 9.25, 12.50 Mk.

Neue und gebrauchte Fahrräder in allen Preislagen
 Versand nach auswärts unter Nachnahme! Sammlerbereit für Kinderwagenräder! Große Reparaturwerkstatt!

F. Makowski & Zerst * Danziger Straße 75a
 Fahrradwerkstätten: Straßenbahnlinien 44, 52, 53, 55, 59, 61, 72, 73, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 57, W. 1, 33, Stadt, Oranienb.
 Hochbahnstation Danziger Straße.

Neu erschienen! Die Agitationsbrochüre **Was ist und was will die Kommunistische Jugend-Internationale?** Preis 50 Pfennig

In der Serie der erschienenen Hefte über die Reise Max Barthele nach Rußland **Internationale Jugendbibliothek: Die Reise nach Rußland Nr. 21, Preis 4,50 Mark / Der Rote Urat Nr. 22, demnächst Jugend-Internationale Nr. 12 * Preis 1.50 Mark**

Wir leben aus dem Inhalt hervor: Als wieder Krieg von O. S. Berlin. — Der Dritte Weltkongress der Komintern. — Die wirtschaftliche Lage in Italien von Montagna. Die kommunistische Jugend gegenüber den weißen Garben von Tronquill. — Die proletarische Jugend in England von P. D. — Die Reaktion in den rückschreitenden Ländern und die Aufgaben der kommunistischen Jugendbewegung von Anton Waischek, Jugoslavien. — Unter Programm und unser Bewegung in den Balkanländern von Wladimir Bilibet, Belgrad. — Die Schwierigkeiten der Arbeiterbewegung unter den Augenblicken in den Nachfolgestaaten von Josef Jakob, Rumänien. — Die Sozialdemokratische Arbeiterjugend in Deutschland von Günther Hoff, Berlin. — Freischüler oder Kommunist? von Emil Knoch, Basel. — Die Frage Antimilitarismus und Jugendbewegung in der Belandung Karl Plehnechts von Tatarow, Moskau. — Vegeta für illegale Partiarbeit von der R. P. Amerikas. — Sottes Sohn und des Satans Schöpfung von Martin Andersen-Nerg. — Jugendleben in Serbien von Horst. — Bücherbesprechungen.

Internationaler Jugendverlag, Berlin
 Für Deutschland:
Verlag Junge Garde, Berlin C 2, Stralauer Straße 12

Möbel-Fabrik Rob. Seelisch
 Berlin O 112, Rigaer Str. 71-73a, 5 Minuten vom Bahnhof Frankfurter Allee

Gegründet 1876

Schlafzimmer: kompl. 4900, 5400, 5900, 6400, 6900, 7200
 Speisezimmer: kompl. 4900, 5900, 6900, 7100, 8000, 9500
 Herrenzimmer: kompl. von 4500 — 14.500

Rahmen: farbig und naturlasirt, in allen Preislagen.

Neu aufgenommen: Fertige **BETTEN** 1 Oberbett 725 1 Oberbett 1010
 1 Unterbett 2 Kissen 2 Unterbett 2 Kissen

Gekaufte Möbel können beliebige Zeit kostenlos lagern.

Karl Radek
Der Weg der Kommunistischen Internationale
 (Referat über die Taktik der Kommunistischen Internationale, gehalten auf dem III. Weltkongress, Moskau, Juli 1921)

86 Seiten
 Preis broschürig 1.50 Mk.
 geb. 6.— Mk.

Zu beziehen durch: Verlagsbuchhandlung Carl Hoym Nachf., L. Cahndley, Hamburg VIII und durch alle Buchhandlungen und Auslieferungsgestellen der V. K. P. D.

Empfehlenswerte Werke für Haus und Garten

Gartenbuch für Anfänger Interessierung im Anlegen, Bepflanzen und Pflegen des Hausgartens, im Obstkulturbereich, im Gemüsebau und in der Blumenzucht. Von Dekanonomier Johannes W. Dittner. 44 Bände, 1.— 2.— Mk. — Beinhaltet von Johannes W. Dittner d. J. Mit 62 Abbildungen im Text. Gebunden 44 Bände, 1.— 2.— Mk. — Beinhaltet von Johannes W. Dittner d. J. Mit 62 Abbildungen im Text. Preis 6 Mk. Porto 60 Pf.

Böckners Garten-Zeichnungsbuch Monats-Kalender und Nachschlagewerk für die praktische Arbeit im Garten. (Ein immerwährender Garten-Kalender.) 28. bis 40. Kaufsch. Gebunden 7.20 Mk. Porto 60 Pf.

Tomatendud Anleitung zum Anbau und reichlich reife Tomaten zu gewinnen, sowie 60 ausgewählte Tomatensorten. Von Dekanonomier Johannes W. Dittner. 44 Bände, 1.— 2.— Mk. — Beinhaltet von Johannes W. Dittner d. J. Mit 62 Abbildungen im Text. Preis 6 Mk. Porto 60 Pf.

Unsere ebdaren Blüze und ihre Bewertung Beschreibung der wichtigsten ebdaren Schwämme sowie der gütigen und verdächtigen Pilze, mit denen eine Verwechslung möglich ist. Mit 103 ausgedruckten Nachzeichnungen. Von Curt Schüler. Mit 8 Farbtönen und 32 Abbildungen im Text. Gebunden 6.— Mk. Porto 60 Pf.

Das Obst in der Küche 544 erprobte Rezepte zur Verwertung der verschiedenen Obstsorten. Von E. von Herzberg. Preis gebunden 10.— Mk. Porto 60 Pf.

Das Einmachen der Früchte in 215 erprobten Rezepten. Von E. von Herzberg. Mit 40 Abbildungen, herausgegeben von Marie Breithaupt. Gebunden 6 Mk. Porto 60 Pf.

Obstweindarstellung Anleitung zum Anbau des Apfelweines und der anderen Obst- und Beerensorten (Johannisbeere, Stachelbeere, Brombeere, Erdbeere, Heidelbeere, Himbeere, Litschee, Rhabarber, etc.) zur Pflege des Weines auf dem Hofe und in der Küche. Die alkoholischen Weine. Verarbeitete Rezepte für Fruchtweine, Mostweine, etc. Von Dekanonomier Johannes W. Dittner. 44 Bände, 1.— 2.— Mk. — Beinhaltet von Johannes W. Dittner d. J. Mit 62 Abbildungen. Preis 6 Mk. Porto 60 Pf.

Häusliche Konditorei 342 erprobte Rezepte zur Herstellung von Torten, Kuchen und Keksen nach Anweisung zur Vorbereitung der Backstoffe. Von E. von Herzberg. 44 Bände, 1.— 2.— Mk. — Beinhaltet von Marie Breithaupt. Gebunden 7.50 Mk. Porto 60 Pf.

Zu beziehen durch
Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2, Breite Str. 8-9

Westmanns
 Trauer-Magazin
 Große Auswahl
 Billige Preise.
 I. Mohrenstr. 37
 (Kolonaden)
 II. Or. Reih. Str. 115
 (nahe Lindenstr.)
 W. wachsenden sof.
 Amt Zentrum 7800
 Sonntags geschlossen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsbüro Berlin.
Todes-Anzeige
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Mechaniker **Franz Becher** Karlsruher am 2. August gestorben ist. Das seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, den 6. August, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium, Sonnenhofweg, Riefelstraße statt.
 Beste Beileidigung erwünscht.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsbüro Berlin N. 54, Linienstr. 33-35
 Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
 Telefon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Sonntag, den 7. August 1921, vormittags 10 Uhr
Branchen-Verfammling der Emallierer u. verw. Berufe
 im „Dresdener Garten“, Dresdener Str. 45, Ecke Gringulitz.
 Tagesordnung:
 1. Bericht.
 2. Branchenanforderungen und Verhältnisse.

Achtung! Achtung!
Verzinker! Verzinner! Verbleier!
Branchen-Verfammling
 Sonntag, den 7. August 1921, vormittags 9 Uhr
 im Dresdener Gesellschaftshaus, Dresdener Straße 110
 Tagesordnung:
 1. Wie vertreten wir am besten unsere Interessen? Referat Kollege Höhnert. 2. Diskussion. 3. Verabschiedung.
 Es ist Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen in dieser Verfammling zu erscheinen.
Die Branchenvorstellung.

Sahnen-Schokolade
 Feinbitter, Vollmilch, Mokka, Trüffel, Marzipan, Creme zu höchsten Preisen.

SCHNEIDER
 Rodenbergstraße 27

Spezial-Arzt
 Dr. Scotti, Rosenthalerstr. 69-70
 für alle Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauen-, Syphilis-, Salvarsan-Kuren, Blutsicherungen, Damen Separat, 10-1, 5-7

Altmittel
 kauft Kottbuser Damm 66
 Platz links

Glühlampen
 Halbmattlampen und Email-Elektro-Instal. Material kauft

Schröder, Bernauer Str. 101
 Friedrichsh. III.

Kolonie Zeelen.
 wenige Minuten vom Seebad, sehr schön und bequem erreichbar gelegen, verkehrte Sandstrände von 1900 M. an bei kleiner Anzahlung und günstigen Zahlungsbedingungen. Vertriebsstelle kostenlos.

W. Koschitzky,
 Berlin C 54,
 Hofenthaler Str. 20
 3-4. Teleph.: Norden 3002.
 Sonntags Treffpunkt: jedyerzeit im Restaurant „Schloß“, direkt am Seebad „Edelgüter“.

Nur Linkstraße 20
Schokoladen für Gluckerlader u. Verlosungen
 Marke Dennoch 100g-Tafel
 Marke Vesta 100g-Tafel
 sowie entsprechende 50g-Tafeln
 hervorragend geeignet. Qualität sehr gut
 Verkauf nur an Wiederverkäufer!
G. Wechselmann, Berlin W, Linkstr. 20
 Fernruf: Kolln. 879 / Geschäftsbüro, dortig, 9. 1/2-7 Uhr

EMILE ZOLA
GESAMMELTE NOVELLEN
 Durchgesehen und herausg. von Hans Jacob
 Drei Bände

Zum ersten Male wird hier eine Zusammenfassung von Zolas novellistischem Schaffen in deutscher Sprache geboten, in der wir neben den allbekanntesten Meisternovellen des großen Romanschriftstellers auch Werke finden, die bisher in Deutschland wenig zugänglich waren. Unmittelbar mit Wärme und Leidenschaft spricht aus dieser Sammlung menschliches Erleben, innere Erschütterung.

Preis: elegant gebunden m. farbigen Umschlagzeichnungen M. 100.—, in Halbleder M. 150.—
 Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder durch den
VERLAG GUSTAV KIEPENHEUER POTSDAM

Botenfrauen sofort gesucht!

Expedition Lehmann
Suffiten-Straße 43
 Meldung: 10-12 und 8-6 Uhr

Expedition Wuyki
Choriner Straße 68

Expedition Wengels
Cabiner Straße 11

Expedition Krüger
Neukölln, Emscher Straße 32
 Meldung: 10-12 und 8-6 Uhr

Expedition Spiekermann
Pankow, Mühlenstraße 20

Expedition Jordan
Dresdener Straße 24

„Freiheit“-Ausgabestelle
Steinmeyerstraße 23

„Freiheit“-Ausgabestelle
Charlbg., Wallstraße 90,
 Seitenflügel part.

Groß-Berlin

Nickendorf — Wildpark

Um zum Ausgangspunkt unserer heutigen Wanderung zu gelangen, muß man frühzeitig dem grauen Häusermeer Berlins Ballet sagen, um mit dem Borortzuge nach Wannsee zu fahren. Dort umsteigen in den Fernzug der Wehlener Bahn nach Nicken-dorf, das man nach etwa 35 Minuten Fahrzeit erreicht. Freundschaftliche Obstgärten trennen den etwa 1200 Einwohner zählenden Ort von dem nahen Wald. Vom Bahnhof aus durch die Dorfstraße zum Wegweiser „Ferdinand“. Nun rechts von der Kirche vorbei zur Bahnunterführung auf den Weg nach Lienenwih, das wir in etwa einer Stunde erreichen. Dieser kleine, mitten im Walde gelegene Weiler drängt sich malerisch zwischen den aus-mütigen Großen und Kleinen Lienenwih-See. Rechts der Chaussee folgend, überschreiten wir eine Brücke und wandern durch prächtigen, alten Hochwald nach der idyllisch gelegenen Flotistelle. Dieser kleine Weiler liegt auf dem hohen Ufer des Schwieler-Sees. Ein Stückchen Erde, das den natur- und schönheitsfreundlichen Wanderer direkt zur Raft an den bewegten Fluten des schönen Sees einladet.

Ausgeruht und frisch geht es dann am Rande des Sees zur Caputher Fähre, nachdem wir die zu Caputh gehörende Villenkolonie Friedrichsfahr durchschritten haben. Caputh ist ein großes und recht stattliches Dorf mit rund 3000 Einwohnern. Es wird gern als Sommeraufenthalt gewählt. Nach dem Ueberfahren wandern wir zuerst auf der Chaussee nach Baumgartenbrück. Kurz hinter dem Kanal nehmen wir rechts den Fußweg. Zur Rechten begleitet uns auf unserem Wege zum Forsthaus Gaisberg die Havel. Wir gehen den Weg bis zur Ziegelei zu Ende und schwenken dann links die Chaussee ein, die am Rande des Wild-parks nach Wildpark führt. Von der Chaussee aus hübsche Fernsicht nach Potsdam. Von Station Wildpark aus Ruffahrt nach Potsdamer Bahnhof, oder in Potsdam auf Wannsee- oder Stadtbahn umsteigen. Die Fahrtzeit dieser hübschen Wanderpartie beträgt 4½—5 Stunden. Wer nicht die Tour zu Ende wandern will, kann von der Caputher Fähre aus mit dem Dampfer nach Potsdam fahren.

Kartennaterial: Wandkarte von Potsdam 1:50 000, Preis 4,50 M., Buchhandlung „Freiheit“, Breite Straße 8-9.

Zur Stadtverordnetenwahl

Der Magistrat erläßt folgende Bekanntmachung:
Die Teilnahme an dem am 16. Oktober d. J. stattfindenden Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen hängt unter anderem auch von dem Nachweise des einjährigen Wohnsitzes im Gebiet der Stadtgemeinde am Wahltag ab. Personen, bei denen nicht feststeht, daß sie seit dem 16. Oktober 1920 ihren Wohnsitz in der Stadtgemeinde Berlin haben, erhalten folgende Aufforderung:
Aus den uns zur Beurteilung der einjährigen Anwohnerqualifikation zur Verfügung stehenden Unterlagen ist nicht ersichtlich, daß Sie bereits seit einem Jahre, also seit dem 16. Oktober 1920, in der Stadtgemeinde Berlin wohnen.
Da demnächst mit der Aufstellung der Wählerlisten begonnen wird, eruchen wir Sie, zur Sicherung Ihres Wahlrechts binnen 5 Tagen den Nachweis zu erbringen, daß Sie seit dem 16. Oktober 1920 in den zur Stadtgemeinde Berlin gehörenden Orten wohnen.
Bei nichtgeführtem Nachweis unterbleibt die Eintragung Ihres Namens in die Wählerliste, jedoch wird Ihr Recht, zur Zeit der öffentlichen Auslegung der Wählerlisten Ihre Nach-tragung zu beantragen, hierdurch nicht berührt.

Die neuen Brotpreise

In den nächsten Tagen werden die neuen Brotpreise für Groß-Berlin veröffentlicht werden, wenn in der am Freitag stattfindenden Sitzung des Ausschusses für Brot und Mehl im Rathaus die in Vorberathungen mit Vertretern des Magistrats und der interes-sierten Fachverbände aufgestellten Richtpreise die Genehmigung erhalten.
Für das auf Brotkarton zu liefernde Brot (1900 Gramm) soll 6,95 M. festgelegt werden. Markenfreies Brot wird in nächster Zeit bei einem Gewicht von 1400 Gramm 7 M. kosten. Zwei

Felsenbrunner Hof

Von Anna Croissant-Kuß

(A. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)
Wie schön war das im vorigen Sommer für ihn gewesen! Da war er jeden Tag draußen mit den Knechten; da sah er auf dem Wagen und ließ die Pferde rasen, um das Heu einzuholen. Heuer war Wagen um Wagen, Fuhrer um Fuhrer über die Scheunenbrücke gedonnert, und er hatte oben sitzen und in die Bücher starren müssen!
Freilich hüffelste er nicht immer, aber das rechte freie Leben draußen war fort; er hatte Gewissensbisse, wenn der Kandidat eifrig und immer eifriger wurde, und er nichts antworten konnte.
„Es geht sehr langsam mit Ihnen, Peter, das erstaunt und betrübt mich bei Ihrer Veranlagung. Kann ich darüber nicht doch einmal mit Ihrer Frau Mama sprechen? Oder mit Ihrem Herrn Papa? Ich bin gestern einem schönen großen stattlichen Herrn auf dem Korridor begegnet, ich grüßte und wollte mich vorstellen, aber er ging schnell an mir vorüber. War das Ihr Herr Vater?“
„Ich weiß nicht.“
„Könnten Sie mich nicht bei Ihrer Frau Mutter an-melden?“
„Ich will es versuchen —“ Peter war die Sache nicht an-genehm.
„Ja, ja, versuchen Sie es nur und zwar möglichst bald.“
Peter hatte von Anfang an Herrn Kiefler gebeten, ihn nicht „Sie“ zu nennen, aber der wehrte ganz erschrocken ab.
„Ich bitte Sie! Man kann doch nicht „Du“ zu Ihnen sagen!“
Peter war in den letzten Monaten sehr in die Höhe ge-schossen, mager und blaß geworden. Eine ganz kurze Zeit hatte er seine Anabenlustigkeit wiedergefunden und geglaubt, mitrauschlich zu dem Kandidaten werden zu können. Es machte ihn müde und mürrisch, daß er sich getäuscht hatte.
„Ach lernen Sie mir doch nicht so viel! Ich will doch kein Gelehrter, ich will ein Gutsherr, ein Bauer werden.“
„Die Basis muß aber da sein, mein lieber Peter, die Basis! Sie müssen ein gebildeter Mensch werden, humanistische Bil-dung haben. Sie können das so leicht, dank Ihrer Talente, einen Gelehrten will niemand aus Ihnen machen.“
„Du möchtest das schon, wenn du es fertig brädest!“ sagte Peter für sich, laut aber: „Wenn ich ein Lehrer wäre, würde ich aus meinem Schüler machen, was ich wollte.“

Schrippen auf Marken sollen mit 45 Pf. verkauft werden, während freies Weißgebäd, Schrippe, Milchbrot, Knüppel oder Salzkuchen, je Stück bei einem Gewicht von 50 Gramm 40 Pf. kosten. Das markenfrees Brot, ebenso wie das Weißgebäd, wird aus reinem (1) 65 prozentigem Weizenmehl hergestellt, wobei es den Bäckern er-laubt ist, Magermilch bei der Herstellung dieser Ware zu verwenden.
Der Ausschuh muß zu prüfen haben, ob die geforderten Preise tatsächlich in dieser Höhe zu bemessen sind.

Emulsionsmilch für fehlende frische Milch

Das Milchamt der Stadt Berlin teilt mit:
Die Dürre und der sich daraus ergebende Futtermangel haben die Milchzufuhr nach Berlin binnen vier Wochen bereits um 170 000 Liter täglich herabgemindert, so daß den Milchviehhänd-leren nur noch zwei Drittel der Milchmenge geliefert werden kö-nnen, die von ihnen verlangt wird, und nicht mehr soviel Milch zur Verfügung steht, zur Zeit der Rationierung für Kinder und Kranke beansprucht wurde.
Der Magistrat Berlin hat daher, und zwar einstimmig einen Ab-schluß über Milchpulver zugestimmt, der es für die nächsten Monate ermöglicht, durch Emulsionsmilch der schlimmsten Not zu steuern. Daß es sich hierbei um ausländisches Pulver handeln muß, ist selbstverständlich; denn keine deutsche Milchtrödnungs-anlage kann bei den gegenwärtigen Produktionsverhältnissen in Deutschland Milch in solchem Umfange trocknen daß die Verfor-gung Berlins damit gedeckt werden könnte. Aus den Kreisen der deutschen Trockenmilchinteressenten ist sogar selbst hervorgehoben worden, daß die Weitertrödnung im arduen deutschen Weid-mahrscheinlich demnächst gänzlich eingestellt werden muß, weil die zur Trödnung gelangende Milch von Hamburg oder Lübeck als Frisch-milch in Anspruch genommen werden könnte.
Die Emulsionsmilch ist teurer als die Frischmilch. Der Milch-handel hat die Ausgabe von Emulsionsmilch in besonderen Ge-schäften abgelehnt, er hat auch die Gefahren für den Konsumenten beim freien Verkauf von Frischmilch und Emulsionsmilch zu ver-schiedenen Preisen in demselben Geschäft anerkannt und sich daher für den Verkauf zu einem Einheitspreise ausgesprochen. Der Durchschnittspreis, zu dem also ab 8. August d. J. die freie Frisch-milch und die Emulsionsmilch abzugeben werden wird beträgt bis auf weiteres M. 3,50 für das Liter. Die Kartennorm für die Kinder bis zu vier Jahren und die schwangeren Frauen wird nach wie vor zum verbilligten Preise von M. 3 für das Liter ab-gelassen.

Nach den bisherigen Erfahrungen ist anzunehmen, daß die Milchhändler gegen die Maßnahmen des Magistrats zur Sicher-stellung der Milchversorgung erneut Sturm laufen, wie sie über-haupt die Tätigkeit des städtischen Milchamts bekämpfen. Ohne die Konkurrenz der Emulsionsmilch hätten sie bald freies Feld für die unbegrenzte Ausbeutung der Konsumenten. Jede Stöckung in der Milchversorgung, wie sie jetzt durch die Dürre hervorgerufen ist, oder bei der im Winter geringeren Produktion, könnte dann für Preiserrhöhungen benutzt werden.
Um zu ihrem Ziel zu gelangen, scheuen die Milchhändler und Produzenten kein Mittel. Wie andere kapitalistische Kreise ver-suchen sie ihrer Profitgier auch ein nationales Mäntelchen um-zuhängen. Aber geradezu rührend ist die angelegte Fürsorge für die armen Berliner Steuerzahler. Die bürgerliche Presse ist natürlich, wie stets in ähnlichen Fällen, ohne weiteres zur Bei-hilfe bereit. Eine merkwürdige Rolle spielt dabei allerdings die B. S.-Korrespondenz zu spielen, die die Mitteilungen der Milchhändler an die Presse weiterleitet. Ob der jetzige Milch-handel schon jetzt so einträglich ist, daß die Händler nicht nur gute Verbindungen zum Milchamt unterhalten können, sondern auch zu Angehörigen dieser Korrespondenz. Oder ist die Ge-schäftsverbindung der Korrespondenz mit den Milchhändlern un-mittelbar?

Die Diebstohlen auf dem Osthafen

Genosse Stadtrat Schünning schreibt uns: In Nr. 357 und Nr. 358 der „Freiheit“ vom 3. und 4. d. M. erscheint ein Artikel über Diebstohlen in unbeschränkter Menge ohne Kohlen-arten sind auf dem städtischen Osthafen zur Verteilung gelangt“. Eine Untersuchung dieser Angelegenheit hat folgendes Ergebnis gezeitigt:
Das Charlottenburger Elektrizitätswerk schlägt auf dem Ost-hafen Kohlen um. Der Eingang der Kohlen ist infolge der augen-blicklichen schwierigen Lage äußerst langsam und störend. Als nun am Freitag voriger Woche wieder mal ein einzelner Wagon mit Diebstohlen für das Elektrizitätswerk Charlottenburg eintraf, mußte derselbe, da es sich nicht lohnt, für einen Wagon Kohlen-raum zu beschaffen, auf Standgeld gesetzt werden. Der Leiter der

Kohlenabteilung des Elektrizitätswerkes Charlottenburg lehte sich hierauf mit dem Osthafen Braunkohlenlandrat in Ver-bindung und stellte diesem den Wagon mit der Begründung zur Verfügung, daß ein einzelner Wagon sich nicht zum Weiter-transport per Bahn rentabel stellen würde.
Auf Anfrage des Syndikats, ob der städtische Osthafen für den Wagon Kohlen anderweitige Verwendung habe, da sonst für den Hin- und Hertransport zu hohe Kosten entstehen und die Kohlen unnötig verteuert würden, übernahm der Leiter des Ost-hafens die Kohlen und verteilte diese an acht Angestellte und dreizehn Arbeiter. Von den Arbeitern sind namentlich solche beschäftigt, die an der Kohlenverladung beteiligt waren. Im übrigen war auch der Betriebsrat informiert. Die Namen der Empfänger sind dem Kohlenamt Groß-Berlin zeds Anrechnung der empfangenen Kohlen auf die Kohlenkonten bereits zur Kennt-nis gegeben. Die Kohlen selbst müssen selbstverständlich von den Abnehmern inklusive Fracht bezahlt werden. So der Sachverhalt.
Ich habe die Osthafenleitung angewiesen, derartige Angebote in Zukunft abzulehnen, da hierdurch nur eine Bevorzugung einiger weniger Personen eintritt.

Ein geisteskranker Polizeimajor

Polizeimajor Lambert war im Polizeipräsidium als Dezernent für die Erteilung von Automobiltreibeischeinungen tätig gewesen. Es wird ihm zur Last gelegt, sich von den Interessenten für die Ertei-lung von Freigabeischeinungen große Summen als Bestechungsgelder gefordert und erhalten zu haben. In der Voruntersuchung, in der mehrere 100 Zeugen vernommen werden mußten, war von Rechts-anwalt Bahm der Antrag gestellt worden, Lambert auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. Der Gefängnisarzt Dr. Lub-wig Hirsch hielt jedoch eine weitere Beobachtung in einer Irren-anstalt für notwendig, da sich aus dem Vorleben des D. Dinge herausgestellt hätten, welche auf den Geisteszustand ein recht eigen-artiges Licht werfen. Lambert, der von jeher als stark erzentrifug galt, hatte u. a. einmal bei einem mit Bekannten nach dem Grunewald unternommenen Ausfluge plötzlich seinen Revolver gezogen und auf seine Frau und die Bekannten fünf scharfe Schüsse abge-gelassen, glücklicherweise ohne zu treffen. Auf Veranlassung des Dr. Hirsch ist R. jetzt einer Irrenanstalt zeds weiterer Beobach-tung überwiesen worden.
Es ist mehr als merkwürdig, daß Angehörige einer bestimmten Gesellschafts-schicht jedesmal dann geisteskrank sind, wenn sie bei Verbrechen gefaßt werden. Entweder ist die Geisteskrankheit in diesen Kreisen tatsächlich so weit verbreitet oder sie dient nur als Vorwand, um eine Bestrafung zu verhindern. Wir neigen dazu, das erstere anzunehmen.

Ein Museumdiebstahl

Aus dem Museum für Volkskunde in der Klosterstraße sind im letzten Tagen, wahrscheinlich vor 8 Tagen, wiederum ver-schiedene Kunstgegenstände gestohlen worden. Von einer Kellner-borde, die 3 Meter hoch ist, fehlen verschiedene Zinlfannen, dar-unter eine Zinlfanne aus Schleswig-Holstein, 34,4 Zentimeter hoch, mit einer Deckelgravierung, eine zweite Zinlfanne aus Schleswig-Holstein, 31,2 Zentimeter hoch, und eine dritte, 23,5 Zentimeter hoch, ebenfalls dorthier, die das Hamburger Wappen trägt und die Inschrift Hamburger Entgelt, letztere Kanne hat ein Blumenmuster und trägt die Jahreszahl 1797. Außerdem wurden gestohlen ein Zinnbecher aus dem Spreewald mit ein-granierter Inschrift und der Abbildung von drei Weberschiffchen und einen Kranz, sowie der Jahreszahl 1800, ein ähnlicher Becher derselben Herkunft, ebenfalls mit drei Weberschiffchen und einer Krone darüber, der Jahreszahl 1908 und der Zinmarke Dres-den. Weiter haben die Diebe zwei Leinwandtücher unbekannter Herkunft, etwa 1 Meter im Quadrat, mitgeben lassen, die zur Ausstattung eines Himmelbettes in einer Spreewaldstube be-nutzt wurden. Vor Anlauf dieser Sachen wird gewarnt. Mit-teilungen, die zur Ermittlung des Verbleibs der Kunststücke führen können, sind an Kriminalkommissar Trettin, Dienststelle B. 1. 7 des Berliner Polizeipräsidiums zu richten.

Die Prophezeiung der Kartenlegerin

Eine eigenartige Mischung von Webedinlichem Realismus und einem phantasiereichen, modernen Kinodrama trat in einer Verhandlung zu Tage, welche das Schöffengericht Berlin-Weidling beschaffte. Wegen fahrlässiger Tötung war die 16jährige Kontoristin Maria F. angeklagt. — Die Hauptrolle in diesem modernen Jugenddrama spielte der 19jährige Handlungs-gehilfe Kurt W. Dieser junge Mensch, das Produkt einer verfehlten Erziehungs-methode verwegender Eltern, war trotz seiner Jugend bereits „alle Schulen durch“ und hatte sich durch seinen Lebens-wandel eine gewisse Krankheit zugezogen. Obwohl ihm seine

„Ja, aber wenn er absolut nicht will?“ eiferte der Kan-didat, und seine Augenbrauen stiegen ihm wieder unter den Schopf.
„Er müßte wollen.“ erklärte Peter entschieden.
„Recht fallen ihm die Augenbrauen gar noch in die Hosel! dachte er gleich darauf.“
Der Kandidat lächelte mitleidig. Peter war ein Kind. Keine Ursache, sich weiter über ernste Fragen mit ihm ein-zulassen.
„Sie sind ein Kind, Peter!“ sagte er nachsichtig, „aber wollen Sie mich nicht wirklich bei Ihrer Mutter melden?“
Peter interpellierte Tina. Bei Tina stand der Kandidat noch immer nicht in Gunst. Er überfah das junge Ding ge-flissentlich oder langte nur mit zwei Fingern nach seinem Hut.
„Was will denn der bei deiner Mutter?“ sagte sie unwirsch.
„Soll sich erst die Stimbel besser abputze, eh er zu uns kommt!“
Ohne Tinas Gunst, von Peter mähmutig begleitet, sah quasi gemaltsam Bahn brechend, trat der Kandidat fast wie ein Eroberer ein.
Doch als die Türe hinter ihm geschlossen war, wurde er un-sicher und verwirrt. Da er kurzschichtig war, fing er schon an der Türe des ersten Zimmers an, Komplimente zu machen, und Peter rief nach Anabenart ganz gegen sein sonstiges knappes Wesen: „Das ist Herr Kiefler, der Herr Kandidat, dürfen wir zu dir herein, und kann ich dann gehen?“
„Ich freue mich Herr Kiefler, bitte treten Sie näher, und du Peter, bleibst vorderhand da.“
Nachdem der Kandidat glücklich auf einem Sessel angelangt war — zum Glück hatte der eine solidere Basis als die Salon-Goldstücken! — und endlich durch seine etwas angelaufene Brille die Dame des Hauses gewahrt hatte, ging alles wie er es beabsichtigt, vollkommen programmäßig vor sich. Er entfaltete vor ihr seine Ideen über Peters Veranlagung und Erziehung, ganz wie er sich vorgenommen, zu Hause notiert und dann memoriert hatte. Da er keinen Widerspruch fand, glitt er hierauf sagte in das Geleise seines eigenen Wissens hinein, und darin war er schier unerschöpflich. Dies Thema beherrschte er meisterhaft — er redete so lange und so eifrig, daß er doch zuletzt einen Schreden kriegte, als er in das gütig lächelnde Gesicht der feinen blaffen Frau sah. Er stotterte Entschuldigungen, aber diese vornehme, weißge-leidete Dame ermutigte ihn. Sie hörte Flug zu, sie warf seine Worte dazwischen, sie wußte so viel, daß er gänzlich zu seiner Entfaltung kam. Auf einmal waren sie mitten in den Klaffern, — Peter war vollständig vergessen, — nun be-

gann die Schlacht von neuem. Peter drückte sich zuletzt an den Wänden herum, dann geriet er ins Nebenzimmer und verließ endlich erleichtert die beiden. Die Mutter bemerkte es gar nicht, daß er fehlte!
Der Kandidat verließ das Zimmer in einem Rausche. Er hatte zuletzt noch einmal einen Hymnus auf Peters Fähig-keiten gesungen und seiner Mutter vordemonstriert, was er mit seiner eminenten Veranlagung alles werden könne — wenn? — er hielt das für notwendig, auch für ersprießlich, selbst auf die Gefahr hin, diesem etwas ungläubigen Lächeln zu begegnen, das die Dame jetzt zeigte. Es schmeichelte ihr doch! Mütter sind immer geschmeichelt, wenn man von den eminenten Fähigkeiten ihrer Söhne spricht. Er schied brennenden Kopfes, voll enthusiastischer Vorstellungen von dieser seltenen Frau, die beinahe so gelehrt war wie er; es hatte heute Helene vergessen.
„Dieser gute Kandidat weiß sehr viel und ist gewiß kein Unmensch. Ob er sich viel Gedanken über die Individualität seiner Schüler macht und stark genug ist, sie zu leiten, be-zweifle ich.“ äußerte sich Peters Mutter zu dem Vater und sah verzagt in den grauen Nebelmorgen hinaus, der schwer vor ihren Fenstern lag.
„Ich habe ihn Gott sei Dank nicht gewählt. Uebrigens, wo willst du einen geeigneten Erzieher für den Burtschen finden? Ich bin noch immer meiner alten Ansicht, so brutal dir das auch klingen mag — Korrekptionsanstalt. In diesem Sinne wäre der Lehrer von Breitenberg immer noch eher am Platze gewesen als dieser sommerstrotzige Hungerleider. Pfui, Teufel, sieht der Kerl schief aus! Diesen Rod! Diese Fuhlschleim! Trohdem verliebt er sich in Helene und macht sich auch bemerklich mit diesen Gefühlen! und das Mädel, wie jedes Ganschen, findet Gefallen daran, läuft mit ihm herum zum Gespött der Dienstboten! Der „Herr Kandidat!“ Der andere war ein Bauernlehrer und wollte nicht mehr sein; es wäre ihm auch nicht eingefallen, sich in Helene zu verlieben!“
„Ach, sah ihn, das ist ungefährlich. Hast du Kerger gehabt?“
„Kerger hab' ich jetzt immer. Als ob das allein nicht schon Kerger genug wäre, zu fühlen, daß man älter wird, und daß einem die Jugend mit leichtem Sinn zur Seite schiebt! „Er kriegt schon graue Haare!“ Wie wenn das eine Schmach wäre! Wie wenn man ein Gezeichnete wäre!“
(Fortsetzung folgt)

Arbeiterwanderbewegung und proletarischer Klassenkampf

Wandern hat nichts mit Politik zu tun! Hand als Motto vor einiger Zeit über einen Artikel in der Freiheit, in dem die eigentümliche politische Neutralität eines radikalen Turnworts kritisiert wurde. Und mit Recht darf die Tätigkeit der Personen, die im Auftrage einer Kommune Jugenplegarbeit zu verrichten haben, keine politischen Tendenzen tragen, zum allerwenigsten im Sinne einer militäristischen Propaganda.

Wandern ist mehr als nur Körperkultur, mehr als ein Sport. Der Aufenthalt in der Natur führt zum tieferen Verständnis des Naturgeschehens und schafft eine natürlichere Auffassung aller Lebensbedingungen. Eine Gemeinschaft von Wandernern, die im Wandern nicht den Zweck ihres Daseins sehen, sondern ein Mittel zur Verwirklichung ihrer Ziele als Kulturmenschen, muß sich je nach ihren wirtschaftlichen Verhältnissen zur Weltanschauung ihrer Gesellschaftsgruppe bekennen. Nationalistische Wandervereine mit Hakenkreuzen, Pfadfinder, Wanderklub usw. auf der einen und auf der anderen Seite die Arbeiterwanderbewegung zeigen, daß es keine Bewegung gibt, in der sich nicht der Klassencharakter unserer Zeit zeige.

Die Arbeiterwandervereine, von denen in Deutschland neben den großen Vereinen, dem Arbeiter-Wanderbund, Naturfreunde, die Berlin, und dem Touristen-Verein, die Naturfreunde, die Wien; eine kleinere Anzahl von Ortsvereinigungen bestehen, sind erst nach dem Kriege als wesentliche Faktoren der Arbeiterbewegung zu besorgen. Ihre Hauptaufgabe sehen diese Vereine darin, dem wirtschaftlichen und politischen Kampf ihrer Klasse, den Kampf gegen die bürgerliche Unkultur hinzuzufügen. Für den nach Wissen hungernden Arbeiter hat die bürgerliche Wissenschaft nur eine Menge von Tatsachen, aber keine Erkenntnis, keinen Zusammenhang mit dem Leben und mit der Arbeit. Ebenso wesentlich waren und sind nach seinem Empfinden Kunst und Literatur. Von seinem Gefühl als Proletarier, von seinem Erleben, seinem Denken sprechen keine Bilder, keine Gedichte. Der Schönheits Sinn, den Leben und Arbeit in ihm entwickelt haben, ist ein anderer als der des Bürgertums, das anders denkt und fühlt als er. Im Schaffen der Natur findet der Arbeitermühsal sein Menschsein wieder. Sie bringt ihm Schönheit, künstlerische Befriedigung, wenn nicht im eigenen Schaffen, so im eigenen Erleben.

Neue Bildungsarbeit durch Vorträge, Diskussionen, Wanderungen usw. erkräftigt zusehends die Erziehung zum proletarischen Kulturkämpfer. Die Zeitungen „Der Wanderfreund“ des A. B. Naturfreunde und der „Fabrikengeh“ und andere Gaubätter des T. A. „Die Naturfreunde“ sind mehr als Vereinszeitungen, sind von Arbeitern zusammengestellt. Beweise einer proletarischen Kulturbetätigung. Das Wandern bedeutet für die Arbeiterwanderer keine Ablenkung von den Aufgaben ihrer Klasse, sondern eine Ergänzung des wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Kampfes des Proletariats. Wissen bedeutet nur Macht, wenn Wissen Erkenntnis erzeugt. Eine Arbeiterkraft, selbst wenn sie in politischen Massenorganisationen vereint ist, und ihr gefühlsmäßiger Groll sich in gemäßigten Entladungen gegen die kapitalistische Gesellschaft betätigt, wird keine Gefahr für diese bedeuten, wenn nicht die Grundbedingungen der zu zerstörenden und der aufzubauenden Gesellschaftsform von ihr erkannt sind. Dieses Erkennen vorzubereiten, ist mit einer Aufgabe der Arbeiterwandervereine.

Von einer großen Anzahl unserer Klassen Genossen wird der Klassencharakter der Kultur nicht als eine Notwendigkeit der Wirtschaftsverhältnisse anerkannt. Sie glauben, dadurch, daß sie einzelne Wanderungen an der Westküste der bürgerlichen Unkultur beteiligen, diese eine Menschheitskultur wird. Die sogenannten unpolitischen Wandervereine, die auf ihre Bewegung das Wort „Wandern hat nichts mit Politik zu tun“ anwenden, umfassen große Teile der arbeitenden Bevölkerung. Ihr Grundlag kann natürlich niemals befolgt werden. Tagtäglich sind sie gezwungen, um Arbeit leisten zu können, für oder gegen militäristische Jugenderziehung, für oder gegen Kirche, Schule, staatliche Einrichtungen, Verfügungen, bei Lebensanbahnungsfragen usw. politisch zu denken und politisch zu sein. Vor kurzer Zeit brachte einer dieser „unpolitischen“, über den Parteien stehenden Wandervereine (A. B. T. B. „Die Heimatwanderer“) eine Notiz in der „Freiheit“ mit der Einladung zu einer Wandertagung in Brandenburg. Es muß um die politische Neutralität dieses Bundes schlecht bestellt sein, noch mehr, da er erst vor einigen Monaten eine Beschimpfung durch seinen Vorsitzenden Richter zuließ, die sich gegen diejenigen richtete, auf deren Teilnahme man wahrscheinlich beim Wandertag rechnete.

Die fortschreitende Entwicklung, die Verschärfung der Klassenbeziehungen, bewirkt zusehends bei den Klassenbewußteren Elementen eine stärkere Opposition gegen das Gebaren solcher Vereinstagungen, die fast ausschließlich auf persönliche Interessen einzelner basieren. Die Folge ist eine Zersplitterung der bürgerlichen Wanderbewegung. Neue Vereine, die neue Teilziele erreichen wollen, sammeln in der Hauptsache junge Arbeiter um sich und beeinflussen in nicht immer dienlichem Sinne die Entwicklung der geistigen Verhältnisse dieser jungen Menschen. Es kommt nicht auf das Wollen an, sondern darauf, was man tut, um zu zeigen: wir sind ein Teil der Arbeiterbewegung. Zwischen der nationalpolitischen und der Arbeiterwanderbewegung zu stehen, das heißt: zerrieden werden.

Sorgen wir mit unserem ganzen Einfluß, als Partei und als Klasse, daß unsere Sport- und Kulturbewegung zu einer Waffe wird für den Befreiungskampf.

Herans aus allen bürgerlichen und politisch neutralen Wandervereinen!

Freie Turnerschaft Schöneberg-Berlin. Bezirk Südost. Männerabteilung: Sonnabend Nach- und Tagturnfahrt nach dem Dubrowoort, 1/8 Uhr nach. Görl. Bahnhof. — Frauenabteilung: Sonntag Turnfahrt nach Königsmusterhausen, Uckersee, 1/8 Uhr früh Görl. Bahnhof.

Fußball. Sonntag, den 7. August, nach 6 Uhr, erstklassiges Fußballspiel Nordiska Ia (Rieser) der M. S. B. Berl. Meister — Lichtenberg Ia (I. Klasse). Vorher, 3 1/2 Uhr, die II-Rangsholten. Platz: Christiania. Ede Schwedenstraße. Nachverbindung: Stadtbahn; Gefundenbrunnen; Straßenbahn: 5, 8, 23, 24, 35, 36, 37, 41, 42, 99, 116. Genossen, zeigt, daß ihr Interesse an der Arbeitersportbewegung hat. Erscheint zu diesem Spiel recht zahlreich.

Sportvereine „Freiheit“ Lichtenberg findet am Sonntag, den 7. August d. J., bei gutem Wetter auf dem Eichenbühl an der Wagnerstraße, Eingang Appoldenstraße, in Lichtenberg statt. Anfang 2 Uhr. — Volkstümliche Wettkämpfe und Spiele. — Eintritt frei. — Gäste willkommen. — Nach Renoverung der Turnhallen ist der regelmäßige Turnbetrieb wieder aufgenommen. Montag und Donnerstag von 6-8 Uhr Schüler, von 8-10 Uhr Männer und Jugendliche in der Turnhalle Parlaue, Dienstag von 8-10 Uhr Frauen und Mädchen, Dienstag und Freitag von 6 bis 8 Uhr Schülerinnen in der Turnhalle Parlaue.

Freie Turnerschaft Neufuß-Berlin. Sämtliche Kinder unserer Vereine werden hiermit auf das am kommenden Sonntag, den 7. August, in Budow stattfindende Spiel- und Sportfest der Arbeiterschaft Budows aufmerksam gemacht. Wir bitten die Eltern, ihre Kinder um 9 Uhr vormittags zum Sammelplatz (Bahnhof Hermannstraße) in möglichst weicher Turnkleidung zu schicken, um der in diesem Orte sich immer mehr verstärkenden Reaktion zu zeigen, daß auch noch Arbeiter im Orte vorhanden sind.

Jeder klassenbewußte Arbeitersportler meidet die bürgerlichen Sport-Vereine

mungen auf den Straßen und Plätzen Berlins. Der Ausschuss schlug den Abschluß von Verträgen 1. mit dem Dr. jur. Vohland über die Ausstellung von 200 Lustnachtsautomaten und 2. mit der Firma „Verkehrswart Ingenieur Max Stürk“ über die Ausstellung von 1200 Verkehrswartplänen in der vom Ausschuss beschlossenen Form vor.

Stadt. Hallenspielen (D. Sp.) machte Bedenken wegen der Unabhängigkeit der einstufigen Stadtverordneten-Versammlung zur Erledigung dieser Vorlage geltend.

Stadtkammerer Karding erwiderte: Bei der Lage der städtischen Finanzen muß jede Vorlage, die der Stadt Einnahmen von Millionen einbringen soll, als dringend notwendig angesehen werden.

Nach kurzer Aussprache wurden die Anträge des Ausschusses angenommen.

In schneller Reihenfolge wurden dann zahlreiche Vorlagen erledigt. Eine längere Geschäftsordnungsdebatte knüpfte sich an die Vorlage zur Bildung der Deputation für Arbeit und Gewerbe.

Stadt. Dr. Caspari (D. Sp.) beanstandete die Behandlung dieses Punktes, da es sich nicht um eine Ferienfrage handele und nach § 19 der Geschäftsordnung während der J. J. für Juli und August beschlossenen Ferien nicht andere Angelegenheiten als ausschließlich Ferienaufgaben erledigt werden dürften. Die Versammlung habe beschlossen, die alte Geschäftsordnung anzunehmen. Daher gelte auch der Beschluß über die Ferien.

Vorsteher Dr. Wenig: Die frühere Stadtverordneten-Versammlung besteht nicht mehr, ihre Beschlüsse sind nicht maßgebend. (Choi) Heute ist die erste Sitzung der einstufigen Stadtverordnetenversammlung und diese hat sich noch keine Ferien gegeben. (Widerpruch.)

Stadt. Dr. Steingörz (Dnat.): Die Konsequenz des Standpunktes des Herrn Vorstehers wäre, daß auch kein Etat bestche.

Stadt. Dr. Vorgerdt (Soz.): Auch wir hier eine Ferienversammlung oder die erste Sitzung der einstufigen Stadtverordnetenversammlung? Die Versammlung entschied durch Mehrheit, daß es sich um keine Ferienfrage handele.

Es folgt dann die Aussprache über die Vorlage betr. Bewilligung eines

7 1/2prozentigen Zuschlages zu dem Barlohn der städtischen Gutsarbeiter.

Stadt. Dr. Neumann (D. Sp.): Die große Mehrheit des Magistrats habe die Forderungen der Gutsarbeiter für unerschwinglich erachtet. Denn haben die der S. P. D. angehörenden Magistratsmitglieder einen Unfall erlitten. Die Folge davon werden weitere Forderungen anderer Arbeiterkategorien sein. Schon jetzt werde mit den städtischen Forstarbeitern verhandelt. Das führe zu allgemeiner Verteuerung. Auf diese Weise müsse jedes geordnete Finanzwesen untergraben werden. Mit Rücksicht auf die Straße sei die S. P. D. von der in ihrem Namen durch Dr. Vorgerdt abgegebenen Erklärung: „keine Ausgabe ohne Deckung“ abgesehen. Das sei nicht der erste Unfall der S. P. D. aus Rücksicht. Damit haben künftighin die Erklärungen der S. P. D. jeden Wert verloren. Die Abwehr des endgültigen Bankrotts der Stadt könne nur vermieden werden, wenn durch die kommenden Wahlen die sozialistische Mehrheit befestigt werde. (Zustimmung, Hohlnachen links.)

Stadt. Genosse Zimmermann

nimmt eine scharfe Abrechnung mit der Politik der bürgerlichen Parteien vor, die in Berlin bei allen Gelegenheiten nur eine arbeitserneuerliche Politik getrieben haben. Vor allem greift er die Ernährungspolitik des Bürgerblocks im Reichstage. Besonders kritisiert er die Ausführungen des Stadtverordneten Dr. Neumann, der seine eigene Wahlrede diskreditiert, der auch im Ausschuss den Streik der Gutsarbeiter zu einem Generalkstreik propagieren wollte. — Die Arbeitslosigkeit der Gutsarbeiter ist aber eine derartige, daß die Ernte vollkommen gerettet ist.

Der Redner beschäftigt sich dann mit der Vorlage selbst und unterzieht die finanzielle Wirkung derselben einer eingehenden Kritik.

Er weist auf den ersten Antrag unserer Fraktion hin, der den Gutsarbeitern eine zehnprozentige Lohnerhöhung verschaffen sollte, welcher aber verhielt wurde. Er stellt diesen Antrag von neuem und fordert weiter das Mitbestimmungsrecht bei Abschluß von Verträgen sowie das Recht der Betriebsräte bei Abschluß von Verträgen, sollte aber dieser Antrag abgelehnt werden, so fordert er eine 7 1/2prozentige Lohnerhöhung auf den Grundlohn, denn das Deputat kann auch nur in Barlohn umgerechnet werden.

Endlich geht der Redner dann noch auf die Dinge ein, die sich während der Bewegung ereignet haben. Zunächst sei da festzustellen, daß die Stadtverwaltung einen großen Teil der Schuld treffe, da sie den ersten von unserer Fraktion gestellten Antrag verhielt habe, diese Schuld geht natürlich nur zu Lasten der Rechtsparteien, welche er fordern, dann ablehnen und schließlich verurteilen, einen Generalkstreik zu propagieren. Mit solchen Parteien ist ein Verhandeln auf Treu und Glauben völlig unmöglich. Bei dem Festmahl der Presse in Hohrechtsfelde hat man ebenfalls die Betriebsräte ausgeschlossen und hat den Vertretern der Presse Partei in der Dörfer vorgeführt. (Wir haben darüber bereits berichtet. D. Red.) Wie die Verhältnisse auf den Gütern sind, hat man bei dem Gewitter am letzten Mittwochabend gesehen, wo die Gutsarbeiter nicht ihre verwanzten „Ställe“ aussuchen konnten, sondern im Freien verbleiben mußten. Ein Skandal ist es, daß heute noch Beamte der Güter täglich 6 Liter Milch erhalten. Redner erwartet, daß hier endlich mit eiserner Hand eingegriffen wird. Pachterverträge sind zu ändern, um einen finanziellen Effekt zu erzielen, und wenn sie gegen die guten Sitten verstoßen. Es ist Spiegelscheiterei, wenn man sagt, es ist keine Deckung vorhanden. Alle Verträge, die vorhanden sind, waren nur möglich unter einer Verwaltung, die ihre Stärke im Dreifachwahlrecht fanden. Die Arbeiterschaft wird alles daran setzen, für eine derartige Behandlung bei den Wahlen eine Antwort zu erteilen, die den Rechtsparteien „angenehm“ in den Ohren klingen wird. (Beifall bei den Unabhängigen.)

Stadt. Dr. Steingörz (Dil.): Eine so unzulässige Vorlage seitens einer Behörde ist noch nicht vorgekommen. Bedauerlich sei es, daß der Magistrat so wenig Selbständigkeit bewiesen und sich zu dem Unfall habe drängen lassen. Seiner Partei sei es nicht leicht gewesen, den Etat anzunehmen, es geschah lediglich unter der Voraussetzung, daß keine Ausgabe mehr gemacht werden würde, für die keine Deckung vorhanden sei. (Ärmende Unterbrechungen links.)

Magistratsvertreter Stadtrat Coblenzer: Es seien gewichtige Gründe gewesen, welche den Magistrat zur Ablehnung der Forderungen der Gutsarbeiter veranlaßten. Die Lage der Stadt lieh es nicht zu. Die Arbeiterschaft habe aber nicht die erwartete Einsicht gehabt. (Hörl. Hörl. Darm links. Ruf: So spricht ein Arbeitervertreter!) Der Magistrat habe nachgegeben, weil ein allgemeiner Streik drohte, durch den die Stadt schwer geschädigt worden wäre. Redner weist die von links gegen die städtische Güterverwaltung wegen ungenügender Arbeiterfürsorge, schlechte Arbeiterwohnungen usw. gerichteten Angriffe zurück. (Zurufe.) Redner erjucht alle von links beantragten Erweiterungen der Zuständigkeiten an die Gutsarbeiter abzulehnen.

Stadt. Dr. Dörr (Komm.) hielt die Lage der Gutsarbeiter in jeder Beziehung für so trüb, daß ihre Forderungen als durchaus berechtigt anzusehen seien. Er schloß die Zukunft aus Hohrechtsfelde in vieler Beziehung als eine dort herrschende Lotterwirtschaft.

Stadt. Dörr (Dem.) tritt den Ausführungen des Vorredners entgegen und weist darauf hin, daß die Gutsarbeiter besser stehen, als die städtischen Arbeiter.

Nachdem Stadt. Heilmann (S. P.) für die Annahme der Vorlage gesprochen und nach persönlichen Bemerkungen wurde zunächst über den Antrag Zimmermann abgemittelt, wonach die Betriebsräte der Gutsarbeiter ein Mitbestimmungsrecht bei Pachterverträgen haben sollen, abgemittelt. Die Vertreter der Bürgervertreter verließen den Saal. Die namentliche Abstimmung ergibt 80 für und 7 Stimmen gegen den Antrag. Die Versammlung ist somit nicht beschlußfähig und der Vorsitzende schließt die Sitzung am 9 Uhr.

Eltern durch Kauf eines Zigarrengeschäfts eine Existenzmöglichkeit gegeben hatten und ihn auch sonst reichlich unterstützt, hatte der in jeder Beziehung blasierte Jüngling die Lust am Leben verloren und trug sich ständig mit Selbstmordgedanken. Er hatte sich deshalb einen kampfgeübten Revolver angeschafft, der stets schußbereit unter dem Labentische lag. Ihm schloß jedoch der Mut, sein Verhaben auszuführen. In dem abnormen Hirn des jungen Menschen reifte schließlich ein höchst sonderbarer Plan, den er auch am zweiten Osterfesttage d. J. seinem 19jährigen Geburtstag, zur Ausführung brachte. Am Vormittage dieses Tages war merkwürdigerweise der Mutter des W. von einer Kartenlegerin „prophetisiert“ worden, daß ihr Sohn „über den kurzen Weg“ durch ein Mädchen großes Unheil erleiden würde und ihr Sohn zur Verhütung dieses Unglücks an diesem Tage unbedingt zu Hause bleiben müsse. Inzwischen hatte das Unheil aber schon seinen Lauf genommen. Kurt W. hatte die Angeklagte abgeholt und ihr gesagt, er möchte einen recht granenvollen Film sehen. Beide gingen zunächst in das „Theater am Wedding“ in der Müllerstraße, wo sie sich den Film „Das Floß des Todes“ ansehnen. Nachdem sich W. durch den phantastischen Inhalt dieses Films in die nötige Stimmung versetzt hatte, lud er das junge Mädchen zu einem Stehischen in seinem Zigarrengeschäft ein, welches geradüber der Wohnung seiner Eltern — „dem kurzen Wege“ — lag. Mitten in dem Sinnentau mel zog der Neunzehnjährige die Pistole hervor und bat die Angeklagte, ihm die Waffe an die Schläfe zu legen, weil es ihm so „besser gefalle“. Die Sechzehnjährige, die gar nicht wußte, daß es sich hier um eine ganz eigenartige Triebrichtung eines geistkranken Menschen handelte, entsprach diesem Wunsch, in der Annahme, daß die Waffe ungeladen sei. In einem gewissen Augenblick rief W.: „Schließ doch!“ und die J. drückte ab. In demselben Augenblick trat ein Schuß und der junge Mensch sank in die Schläfe getroffen tot zu Boden. Das junge Mädchen lief sofort zu ihren Eltern und erzählte den ganzen Hergang. — Der Staatsanwalt erklärte in der Verhandlungsweise der Angeklagten eine fahrlässige Tötung und beantragte gegen sie 3 Monate Gefängnis. Von Rechtsanwalt Dr. Harry Vincas wurde die Freisprechung beantragt, weil die Angeklagte von W. als blindes Werkzeug zu dem von ihm beabsichtigten Selbstmorde benutzt worden sei. Das Gericht schloß sich dem an und erkannte auf Freisprechung.

Waldbrände. Im Tagen 76 im Grunewald brannten etwa 3 Morgen Schöning ab. Die Feuerwehren von Nikolassee und Bülmersdorf waren 7 Stunden zur Bekämpfung des Feuers tätig. Während derselben Zeit brannte der Jagen 102 in einem Umfang von einem Morgen. Der Bahndamm an der Straße Baumjahrenweg bis Niederhörscheweide geriet gestern nacht in Brand und beschäftigte die Ortsfeuerwehr etwa 1 Stunde.

Feuer in Hohrechtsfelde. Donnerstag nachmittag ist auf dem städtischen Gute Hohrechtsfelde durch Motorfahrzeug Feuer auf dem Streuboden ausgebrochen. Durch Eingreifen der umliegenden Ortswehren konnte größerer Schaden verhütet werden. Das Vieh wurde sämtlich gerettet.

Die Deputation für das Ernährungswesen teilt mit: Da vom 15. August 1921 ab Weißbrot in den Bäckereien frei hergestellt und abgegeben werden darf, wird die Krankenbrotherstellung mit dem 14. d. M. eingestellt. Ebenso hört mit diesem Zeitpunkt die Krankenmehlausgabe auf. Die für einen späteren Zeitraum noch im Bereich befindlichen Krankenbrotfabriken und Krankenmehlbezugscheine berechtigten vom 15. August 1921 ab nicht mehr zur Entnahme von Krankenbrot oder Krankenmehl.

Die Zuckerverseuerungsstelle des Magistrats Berlin gibt bekannt: Auf Abschnitt 88 und 89 der Berliner Zuckerkarte sind in der Zeit vom 16. bis 31. August und 1. bis 15. September 1921 anstatt je 1/4 Pfund je 1 1/2 Pfund Verbrauchs Zucker zum Inlandszuckerpreis abzugeben.

Stadtverordnetenversammlung Die erste Sitzung der „einstufigen“

Die gestrige erste Sitzung der „einstufigen“ Stadtverordnetenversammlung der Stadtgemeinde Berlin unterschied sich in keiner Weise von denen der aufgelösten Versammlung. Die Debatte über den Gutsarbeiterstreik bildete der Sitzung ihr Gepräge auf. Eine einzige Anklage gegen die geschworenen Arbeitserneuerer waren die Ausführungen des Genossen Zimmermann. Weitschneidenden gleich kausen seine Angriffe gegen jene, die da behaupten, daß ihnen das Wohl des Proletariats sehr nahe liege. Auch die Rechtssozialisten mußten sich bittere Wahrheiten sagen lassen, namentlich die Bürgerlichen griffen sie scharf an wegen ihrer schwankenden Haltung. Die Anträge unserer Fraktion, über die namentlich abgestimmt wurde, konnten wegen Beschlunsfähigkeit, welche durch den Bürgerblock herbeigeführt wurde, nicht zur Annahme gelangen. Hier zeigt sich dem Proletariat abermals das wahre Gesicht dieser famosen Vertreter. Bei den in einigen Monaten stattfindenden Wahlen wird die Arbeiterschaft Gelegenheit haben, diesen die Quittung zu geben. Um 9 Uhr konnte die Versammlung geschlossen werden, nachdem nur drei Vorlagen von 60 unerledigt blieben.

Sitzungsbericht

Bürgermeister Ritter eröffnete die Sitzung um 5 1/2 Uhr mit der Berlesung der einschlägigen Verordnung. Die Versammlung wählte zunächst den bisherigen Vorstand und durch Zutuf wieder und beschloß auf Vorschlag des Stadt. Dr. Caspari (Sp.) auch die bisherige Geschäftsordnung unverändert bestehen zu lassen.

Vorsteher Dr. Wenig richtete bei Hebenahme des Vorschies den Appell an die Mitglieder, allezeit dazu beizutragen, daß die Versammlung in der ihr gewährten Gelegenheits von drei Monaten die Geschäfte ordnungsmäßig zu Ende führen können.

Auf eine dringende Anfrage der Stadt. Gabel u. Gen. betr. die Schließung des Altmännerheims in Buch erwiderte der Stadtmehlnatrat Dr. Kabanow, daß Verhandlungen im Gange sind, um die Patienten, die der Krankenhaus- oder der Heilmitteln-Behandlung bedürftig sind, in andere Anstalten zu überführen. Die Tuberkulose-Behandlung wird durch die Schließung des Altersheims in Buch nicht berührt.

Dr. Neumann u. Gen. (D. Sp.) fragen an, ob der Magistrat bereit und in der Lage ist, Auskunft über die durch die Zeitungen gemeldeten großen Missetände bei der Haupterforschungstelle für Kriegsbeschädigte und die in dieser Angelegenheit insbesondere gegen die Stadträte Weisse und Stoll gerichteten Angriffe zu geben. Stadtrat erklärt als Magistratskommissar, daß er seinen Urlaub unterbrochen habe, um den Angriffen zu begegnen. Wenn er aber die Pressebege einwandfrei widerlegen wolle, brauche er mindestens 1 1/2 Stunden. Deshalb bitte Bürgermeister Ritter, die Beantwortung der Anfrage um eine Woche zu verschieben. Diesem Verlangen mußte er sich fügen, die Anträge werden aber ihre Reugier in der nächsten Sitzung vollständig befriedigt sehen. (Unruhe rechts!) Stadt. Dr. Caspari erblickt in dem Ausbruch Reugier eine Herabsetzung der Mitglieder der Versammlung.

Stadt. Vorst. Dr. Wenig kann in dem Ausbruch „Reugier“ keine Beleidigung finden. Es gebe berechnete und unberechnete Reugier. (Unruhe.) Die Stadt. Dr. Dove u. Gen. (Dem.) fragen an, ob der Magistrat in der Lage ist, über die Umstände, die zur Anstellung und Entlassung des Magistrats-Gutsarbeiters Dr. Rudolph-Kranke geführt haben, Auskunft zu geben. Eine Antwort erfolgt nicht, die Anfrage ist damit erledigt.

Die Angelegenheit betr. die Erhebung einer Steuer auf Kraftfahrzeuge usw. wurde an den Ausschuss zurückgegeben. Es folgte die Berichterstattung des Stadt. Franz (S. P. D.) über die Genehmigung verschiedener Reklameunterneh.

Reformsozialist H. Schmetzer er zu wiederholten Malen das Wort „revolutionär“ durch seine Reformvorschläge, was ihm stets Nisfall einbrachte.

Die Montagspresse brachte die Resultate der Stichwahl: Pusch, der nationale Blockkandidat, war gewählt. (Die Kommunisten hatten also in der Tat das Spiel Puschs getrieben!) Zweiter war der bürgerliche Linksrepublikaner, Dritter Dr. Gradobis, der Sozialist, der gegenüber der ersten Wahl noch über 100 Stimmen gewonnen hatte. Unerwarteter war der Kommunist Boyer mit 221 Stimmen. Genau 10 Stimmen hatte ihm die ungeheure Wahlpropaganda, und die Reichensammlung, und das Gense Casino und das Pathos Grosshards eingebracht. Wie war das möglich, wo doch allein in einer Versammlung gegen 1000 Kommunisten für ihn waren? Es ist leicht erklärlich: Die Kommunisten haben, wie überall, ihre Stütztruppen und Sprengkollonnen, die sich aus ganz Paris rekrutieren und sich befehlsgemäß auf ein Versammlungsort niederlassen. Darunter natürlich zahlreiche Nichtwahlberechtigte. Das sieht aus wie eine Klebenanhangerschar der Kommunisten.

Die Kommunisten Frankreichs, die seit Tours die einzige große, revolutionäre Partei sein wollen, sind in Wirklichkeit — um einen Ausdruck Clara Zetkins gegen die deutschen Märzputschisten anzuwenden — der Popanz der Reaktion: „Is lout le jeu de Monsieur Pusch!“ Dazu verfehlen sie den ernstlichen Arbeitern und den gewerkschaftlichen Organisierten die Lust an politischen Wirken. Wie in Deutschland, so muß auch in Frankreich die kommunistische Seifenblase platzen, soll der Gesundungsprozess beschleunigt werden.

Wollen wir — und das müssen wir zu jeder Zeit — aussprechen was ist, so dürfen wir uns die Schwäche der französischen Position in der Internationale nicht verhehlen. Sie hängt natürlich auch mit Krieg und Frieden zusammen und ist wesentlich beeinflusst durch die Ereignisse in Deutschland. Zur Gesundung der französischen Partei und zur Stärkung ihrer Position in der Internationale können daher die Sozialisten in Deutschland an Tatkraftigsten beitragen: Durch Bekämpfung des Chauvinismus und Militarismus im eigenen Lande, durch Bekämpfung aller reaktionären Gewalten, die nur den Erfolg haben, in Frankreich die Reaktion und den Chauvinismus zu stärken und im gleichen Maße die sozialistische Bewegung zu hemmen.

Alfred Faust.

Die Nebenregierung der Beamten

In der „Leipziger Volkszeitung“ weist unser Genosse Lipinski erneut auf die systematischen Umtriebe der sächsischen Staatsbeamten hin, die der sozialistischen Regierung auf Schritt und Tritt Schwierigkeiten zu bereiten bestrebt sind. Die Frechheit der sächsischen Beamten erreichte ihre Höhe in einem offenen Protest des Ministerialrats Woelker gegen die Berufung des Genossen Kysel zum Amtshauptmann. Genosse Lipinski ist daraufhin die Antwort nicht schuldig geblieben, er hat offen die Annahme dieses Ministerialrats, in die Regierungsgeschäfte einzugreifen, zurückgewiesen. Nun hat der sächsische Beamtenbund die Angelegenheit aufgegriffen und sucht unter dem täuschenden Vorwand, ein gewerkschaftliches Prinzip zu verteidigen, die nötige Kampfstimmung unter den Staatsbeamten und staatlichen Angestellten gegen unseren Genossen Lipinski zu erzeugen. Wertwüdig, wie diese Herren Beamten, die sich bis zum November 1918 jede politische und geistige Versklavung gefallen ließen, nun ihren „gewerkschaftlichen Geist“ plötzlich soweit entwickelt haben, daß sie sogar entscheidend bei der Befolgung wichtiger politischer Posten mitbestimmen wollen!

Wo hätte je ein Beamter eine solche Forderung im alten Staat geäußert! Über diesen Herren kommt es ja, wie Genosse Lipinski mit Recht betont hat, nur darauf an, der sozialistischen Regierung ein Gegengewicht anzuhängen und neben der eigentlichen verantwortlichen Regierung von Parlamentsbeauftragten eine unverantwortliche Regierung von Beamten zu errichten. In einer als Flugschrift gedachten Sondernummer des Blattes „Der sächsische Staatsdienst“ drohen die Beamten an, „den ausgezungenen Kampf mit Energie und Zähigkeit zu führen, bis er durch Sicherstellung ihrer Lebensinteressen zum Wohle des Volksganzen beendet ist“.

Das ist eine doppelte Verschlebung der Dinge. Einmal wird die Annahme des Beamtenbundes gegen die Regierung in einen von der Regierung ausgehenden Kampf umgefälscht und zum andern wird von gefährdeten Lebensinteressen der Beamten gesprochen, während nur ihre reaktionären politischen Forderungen bestritten werden. In der Regelung der wirtschaftlichen Interessen der Beamten hat aber gerade die sächsische sozialistische Regierung ein derart weites Entgegenkommen gezeigt, wie es die früheren „königlichen“ Beamten auch im Traume nicht für denkbar gehalten haben.

Eine Mitbestimmung bei Befolgung politischer Beamtenstellen muß dem alten Beamtenheer unter allen Umständen verwehrt bleiben. Schon deswegen, weil nur ein beschränkter Teil der Beamten, namentlich in höheren Dienststellen, sich den neuen Verhältnissen anzupassen gewillt ist. Der größte Teil steht der neuen Regierung großtun gegenüber. Hierüber macht Genosse Lipinski aus persönlicher Erfahrung einige Mitteilungen, die das oft geradezu unerklärliche und gemeine Aufsitzen und Verhalten von Beamten grell beleuchten:

Ein höherer Staatsbeamter in einem Gefängnis erteilte den Kürtüranwärtern Unterricht und erklärte dabei, daß der Ministerpräsident Dr. Gradnauer auch hier gefesselt habe, und der Minister Ullig verriehe nichts und gebe nur seinen Namen her. Die im Dienst stehende Staatszeitung verlor er mit Randbemerkungen. Als Seminarleiter Senferth (der spätere Minister) zum Vortragenden Rat ernannt wurde, schreibt er neben die Zeitungsnote: „Wegen seiner vielen Reden im Landtage.“ Als Lange zum Kreisshauptmann ernannt wurde, erfolgt die Randnote: „Vorbildung, Handarbeit und großes Maul.“ Als Frähdorf zum Präsidenten des Landesversicherungsamtes ernannt wurde, lautete die Glosse: „An die Futtertrappe, marsch, marsch! Vorbildung Töpfer.“ Erfola? Die Disziplinarkammer erkennt auf Dienstreue, die Disziplinarkammer hebt das Urteil auf! Der Minister traut mit der höchst zulässigen Strafe, Abzug eines Monatsgehalts.

In Dippoldiswarde sind November 1918 die Monarchenbilder auf den Boden geschafft worden. Im Mai d. J. werden sie heruntergeholt und wieder im Sitzungssaal aufgehängt. Ansehnlich, weiß Frieden an der Wand verdeckt werden sollten. Die Ausrede war laut, die monarchische Demonstration war offensichtlich, weil die angeblühnen Wandstücken bisher schon durch Teppiche verdeckt waren. Resultat: Verwarnung.

Ein anderer Amtshauptmann hat es so arg getrieben, daß das Ministerium ihn wie folgt verwarnen mußte:

„Ihr mehrfach an den Tag gelegtes Bestreben, den Anordnungen des Wirtschaftsministeriums Widerstand entgegenzusetzen, die Vorfälle bei der Befolgung seiner Anordnungen und der auch nach Ansicht des Ministeriums des Innern unangebrachte scharfe und ironisierende Ton ihrer Berichte ist um unverständlich, als das Wirtschaftsministerium es Ihnen gegenüber an Rücksicht und Entgegenkommen nicht hat fehlen lassen.“

Das sind nur Einzelfälle, aber sie könnten beliebig vermehrt werden. Mit Recht spricht Genosse Lipinski von einer vergifteten Atmosphäre im Beamtenkörper, die nur durch durchgreifende Maßnahmen gereinigt werden kann. Möge es unseren Genossen in der sächsischen Regierung nicht an der notwendigen Energie hierzu fehlen!

Gewerkschaftliches

Fort mit dem Trinkgeld!

Es ist kollegiale Pflicht aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten, die Gastwirtsgehilfen in ihrem Kampfe um eine ausreichende feste Entlohnung zu unterstützen. Das Unternehmertum lacht sich teilweise seiner Pflicht zur Lohnzahlung dadurch zu entziehen, daß es dem Bedienungspersonal die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit des Trinkgeldes offen läßt, um dadurch sein Interesse an ausreichender fester Entlohnung zu mindern. Bei diesem Verfahren, das jedem kaufmännischen Publikum widerspricht, ist insbesondere das minderbemittelte Publikum der Leidtragende. Wehrt euch gegen das Trinkgeldsystem und helft, die Gastwirtsangestellten als Kämpfer um sittliche Entlohnung in unsere Reihen einzugliedern, indem ihr allerseits die Beseitigung der Trinkgeldentlohnung mit erzieht, und überall da, wo durch Tarife das Trinkgeld abgeschafft ist, solches nicht mehr gebt.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
gez. P. Grahmann.

Deutscher Gewerkschaftsbund
gez. Bruff.

Gewerkschaftsring der Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände

gez. Gustav Hartmann.

Allgemeiner freier Angestelltenbund
gez. E. Aufhäuser.

Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte

Die jüngst vom Reichstag verabschiedete Novelle zur Angestelltenversicherung hat in den Kreisen der an ihr beteiligten Versicherten eine lebhafteste Diskussion hervorgerufen, namentlich werden Vergleiche mit der Invalidenversicherung gezogen.

Bei diesen Vergleichen wird von weniger Eingeweihten gewöhnlich nicht berücksichtigt, daß die Invalidenversicherung schon vor Jahrzehnten in die Rentengewährung eingetreten ist; wogegen bei der Angestelltenversicherung die Wartezeit für die Gewährung von Invalidenrenten erst am 31. Dezember 1922 abläuft. Die Invalidenversicherung verwendet also ihre Einnahmen tatsächlich zum Übergang Teile dazu, an invalide gewordene Versicherte oder den Witwen und Waisen von Versicherten Renten zu gewähren. Sie hat im Jahre 1919 bei einem Bestände von etwas über 12 Millionen Versicherten insgesamt 465 614 199 M. an laufenden Renten ausgegeben, wozu noch 2 624 163 M. einmalige Leistungen außer dem Heilverfahren usw. kommen.

Dagegen ist die Angestelltenversicherung bis zum 31. Dezember 1922 noch in der Lage, Ausgaben nur für das Heilverfahren, für Witwen- und Waisenrenten oder für Verwaltungskosten zu machen, denn die Gewährung von Invalidenrenten beginnt bei ihr erst vom 1. Januar 1923 ab. Nach dem Jahresbericht von 1919 hat die Angestelltenversicherung bei einem Bestände von 1 497 455 Versicherten an Renten nur 930 952 M. ausgegeben. Die Invalidenversicherung zahlte also an Renten pro Kopf der Versicherten 38 M. 18 Pf., die Angestelltenversicherung nur 68 Pf. im Jahre 1919.

Wenn nun die Angestelltenversicherung gleichwohl genötigt ist, ihre Beiträge zu erhöhen, bevor sie überhaupt dazu kommt, die gesetzlichen Verpflichtungen im vollen Umfange zu erfüllen, so ist in der Tat zu bezweifeln, daß in weiten Kreisen der Angestellten die Frage diskutiert wird, ob nicht eine finanzielle Besserung der Angestelltenversicherung dadurch herbeigeführt werden solle, indem man zur Erparung von Verwaltungskosten eine Vereinfachung der Sozialversicherung vornimmt in der Weise, daß man die Angestelltenversicherung mit der Invalidenversicherung verschmilzt.

Die Reparationen und die Lage der Angestellten

In einer am 3. August stattgefundenen Funktionärerversammlung des Zentralverbandes der Angestellten sprach Heinrich über dieses Thema. Er führte u. a. folgendes aus:

Der heutige trübselige Zustand der Wirtschaftsordnung hat als Ursache die gesteigerte Produktivität im Vergleich zu der gesunkenen Kaufkraft des Geldes. Der Ueberschuß an Waren kann nicht verkonsumiert werden, da die Kosten der Lebenshaltung viel härter steigen als die Löhne. Während z. B. der Lohn um höchstens das neunfache gestiegen ist, sind die Kosten der Lebenshaltung in Deutschland auf das 15fache gestiegen. Deutschland ist ein Schuldenstaat, der die Kosten des Krieges zahlen muß. Die Ablehnung der Londoner Bedingungen durch die Regierung Simon-Jehrensbach hat nicht nur die Befolgung im Westen, die Ausfuhrabgaben — und Ersparungen gebracht, sondern auch eine Erhöhung der Reparationskosten um 52 Milliarden Goldmark.

Die Steuern, die in Vorbereitung sind, werden wieder auf die Schultern der Arbeiter und Angestellten abgewälzt werden. Hier haben die kaufmännischen Angestellten die Aufgabe, sich im Verein mit der Arbeiterschaft gegen diese Veruche der Besitzenden mit allen Mitteln zu widersetzen. Es muß versucht werden, den Etat des Reiches zu balanzieren, die Arbeit der Rotenpresse einzustellen und eine starke Heranziehung der Goldwerte zur Steuerleistung. Den Angestellten fällt die Aufgabe zu, mit aller Kraft gegen jede Steuerhinterziehung aufzutreten im Interesse der Allgemeinheit. Ein Zwang muß für die Besitzenden vorhanden sein und dieser kann nur durch die Macht der Arbeiter und Angestellten ausgeübt werden.

Nach kurzer Diskussion sprach Pubilly über die Bedeutung der am 28. August stattfindenden Kaufmannsgerichts wahlen. Das Berliner Kaufmannsgericht hat den fortschrittlichen Geist, den es vor dem Kriege hatte, eingebüßt, da die Verhandlungen zum größten Teile im Vergleichswege ohne Hinzuziehung der Arbeitnehmervertreter erledigt werden. Notwendig ist die Beteiligung der weiblichen Angestellten bei der Wahl. Die Wahlen müssen eine Abrechnung mit den Gewerkschaftsbänden sein, die den Angestellten in den Rücken fallen. Wahlschiffe muß unbedingt geleistet werden, um einen Erfolg davonzutragen. Wahlberechtigt sind alle Handlungsgehilfen, die das 20. Lebensjahr überschritten haben. Ein Ausschuß über die Tätigkeit ist vom Unternehmer oder Parteireisender beizubringen Wahllokale werden noch bekanntgegeben. Die Wahlparole muß für alle Angestellten lauten: J. d. A.

Vollversammlung der Elektrizitätsarbeiter

Am 28. Juli fand eine Vollversammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Elektrizitätswerke Groß-Berlin statt. Roslowky vom Geschäftsführenden Ausschuh des Arbeiterrats gab einen Bericht über den Aufbau der Betriebsräte innerhalb der Betriebe und Verwaltungen des Magistrats, daß man jetzt neben den Einzelbetriebsräten auch Gesamtbetriebsräte der einzelnen Deputationen, ferner Bezirksbetriebsräte und eine Spitzenvertretung den Zentralbetriebsrat, gewählt hat. Die Anerkennung der Gesamtbetriebsräte der einzelnen Deputationen des Magistrats ist noch nicht endgültig erfolgt.

Zu Punkt zwei der Tagesordnung, die Teuerung und unier bisheriger Lohn, nick Roslowky in breitem Rahmen einen Ueberblick über die jetzigen Steuerverhältnisse und über die in letzter Zeit sich häufiger merkbar machende Verteuerung der Lebenshaltung eines jeden Arbeitnehmers, welche nicht in Einklang zu bringen ist mit den Einkünften derselben. Er gibt ferner die Vorbereitungen des Tarifrats mit dem Magistrat bekannt, daß Mitglieder des Magistrats sich bereit erklärt haben, ohne Kündigung des Tarifvertrages einen Zuschuß zu dem Einkommen wegen der Teuerung zu gewähren. Die Kollegen mühten genau prüfen, welcher Ben hier der gangbare wäre. Redner weist noch besonders auf die lächerliche Finanzlage der Stadt hin und fordert die Kollegen auf, sich präzis zu erklären. Von allen daraufhin sprechenden Diskussionen wurde die Kündigung des Lohntarifs am 1. August zum 1. September 1921 unbedingt ver-

langt und der Arbeiterrat beauftragt, die Organisationen zu beauftragen dieses vorzunehmen.

Es gelangte über die Ermordung Süllis folgende Entschliehung zur einstimmigen Annahme: Die Vollversammlung der Elektrizitätsarbeiter stellt fest, daß das Verfahren gegen den Mörder Süllis seit Monaten schwebt und nicht einmal zur Anklageerhebung geblieben ist. Sie ersucht aus diesem Verfahren, daß die Berliner Staatsanwaltschaft den Prozess mit allen Mitteln zu verschleppen sucht. Sie erhebt gegen diese Art von Klassenjustiz den schärfsten Protest und erklärt, daß sie nach wie vor daran festhalten muß, daß dieser Prozess sofort in die Wege geleitet wird. Durch die feinerzeitigen Verhandlungen hat auch die Untersuchungskommission durch den Mund des Gewerkschaftssekretärs Bollmerhaus ausgesprochen, daß es sich um einen vorbedachten Mord handelt. Die Vollversammlung beauftragt daher die Organisationen und die Gewerkschaftskommission sofort beim Untersuchungsrichter vorstellig zu werden und Auskunst über den Stand des Prozesses zu verlangen.

Weiter werden die Organisationen und die Gewerkschaftskommission beauftragt, binnen 14 Tagen eine neue Vollversammlung einzuberufen, um Bericht über die Verhandlungen zu geben.

Zur Gewerbegerichtswahl

Der Magistrat gibt folgenden Beschluß bekannt:

Die im § 8 Absatz 1 des Ortsstatuts für das Gewerbegericht der Stadt Berlin in Verbindung mit § 5 des Ortsstatuts für das Kaufmannsgericht der Stadt Berlin festgesetzte Frist von 6 Wochen wird gemäß § 8 Absatz 3 des Ortsstatuts außerordentlich auf 10 Tage vor den einzelnen Wahlterminen festgesetzt.

Ausgesperrte Transportarbeiter der Zigarettenindustrie. Ueber das Ergebnis der Verhandlungen der Hauptvorstände wird den beteiligten Transportarbeitern in einer Versammlung am Freitag, nachm. 4 Uhr, im Schulthei, Neue Jakobstr. 24/25, Bericht erstattet. Alle Kolleginnen und Kollegen, sowohl die ausgesperrten als die noch in Arbeit stehenden, haben die Pflicht, in der Versammlung zu erscheinen. Die Abkempfung der Kontrollkarten findet in der Versammlung statt.

Erwerbslose Delegierte und Vertrauensleute! Am Sonnabend wichtige Sitzung vormittags 10 Uhr, im Sitzungssaal Linienstraße 63-65. Der äußerst wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen Pflicht. Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, J. A. P. Tirpitz.

Parteiveranstaltungen

Agitationskommissionen-Beschlüsse der Berliner Diktatur, welche die Landkreise Ober-Berlin, Tempeln, Tempeln, Kagenwäde betreffen, werden gegeben, am Sonntag, den 7. August, mittags 12 Uhr, an einer Agitationsbesprechung in Lagerwäde, Schützenhaus, Teltowstr. 20. Wichtigste Tagesordnung, unbedingt ankommen.

Sonntag.

Sommerfest der Arbeiterschaft des Ortsteils Wadow. Am 7. August auf dem Spielplatz Sandwäde, Beginn 8 Uhr, großes Konzert, Verschönerung der Gärten, Ländchen, Musik, Arbeiter-Kochbuch-Bund, Solidarität, Reichsbanner, Arbeiter-Bund, Arbeiter-Fest, Kaffeehaus, Um 5 Uhr: Demonstration durch den Ort. Der Zug bewegt sich durch den Ort zum Dorfplatz. Dort: „Agitation“, Gesangsverein Berliner Fußballer. Eintracht des Reichsbanners, Georg Kreis. Nach dem Festum zum Platz von Adolf Schulz. Von 6 Uhr ab Tanz im Parkrestaurant von Adolf Schulz, Große Veranstaltung.

Jugendliche NeuWit. Samstags bis 20. August im „Freiheit“, Guter Str. 12, Redakteur: 3, bei Schneider, Wetzlar, 61, Lichtstr. Berliner Str. 21.

Freitag, 5. August

18. Verwaltungsbezirk (Tietzschböhmen). Abends 8 Uhr bei Jahn, Seestraße, Mitgliederversammlung, Stellungnahme zur Stadtratswahl.
19. Verwaltungsbezirk (Königsberg-Str.) Die Frauenkommission wird ersucht, die Kandidatin in der „Freiheit“-Spedition abzugeben.
21. Bezirk, 6. Abteilung. Abends 7 1/2 Uhr Sitzung Amtlicher Abteilungsunterschiede eintritt, der Jugendkommission der Dikt. Eintrachtsarten zum Vorkommen bis 7 Uhr im selben Lokal abgehalten.
14. Bezirk, Abends 7 1/2 Uhr engere Kolonnenabteilung bei Köllner, Schmetzer Straße 22.
20. (Hilberer 4.) Bezirk. Abends 6 Uhr Sitzung der Kinderjugendkommission bei Gleditsch, Rastauer Str. 30.

Sonnabend, 6. August

1. Verwaltungsbezirk (Wilmersdorf, Schmutzendorf, Stunewald). Die Handarbeit zum Jahrelend hat von 4 Uhr ab bei Rulle, Lauenburger Str. 21, abzuhalten.
13. Verwaltungsbezirk (Tempeln, Mariendorf, Marienfelde, Nichtenabel). Abends 7 Uhr bei Streiter, Mariendorf, Chausseestr. 27, Sitzung aller Justizkolonnen betr. Stellungnahme zum Jahrelend.
14. Bezirk, Abends 7 1/2 Uhr im Restaurant Wind, Völscherstr. 5, wichtige Sitzung der Bildungskommission.

Sonntag, 7. August

9. Bezirk (Wedding). Kindergruppe nach Circusberg, Götterallee, Jahrelend 2-30 Uhr.
18. Bezirk, 8. Abteilung. Gemeindefest nach dem Schloßpark Tietzschböhmen, Abends 8 Uhr von Jahn, Seestraße, 34.
17. Bezirk, 4. Abteilung. Die Abteilung macht einen Ausflug nach Gadow (Sonnabend), Treffpunkt: 10 1/2 Uhr Bahnhof Gesundbrunnen.
Kirchberger-Kochbuch. Abends 8 Uhr im Saal von Beckers, Brunnenstr. 78, findet die Diktaturbesprechung statt. Jeder Ort muß vertreten sein, um die Fragebogen zu erledigen.

Vereinskalender

Freitag, 3. August

Internationaler Bund, Ortsgruppe Tempeln-Wadow, Bez. 13-18. Abends 7 Uhr Versammlung bei Aren, Hermannstr. 178.
Deutscher Betriebsrat-Verband, Berlin 11. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Rindl-Kochbuch, Franzstr. 111.
Schulmeister-Werkzeug, Tietzschböhmen. Abends 8 Uhr außerordentlich wichtige Versammlung im Vereinslokal, Wilhelmstr. 11, Wilhelm, Ecke Gleditschstr. Mitgliederbesuch sind mitzubringen. Einleitende Ullrich.

Sonntag, 7. August

Arbeiter-Offiziersbund, Gruppe 5. Der geplante Ausflug nach Wehnesee (Kil) aus, dafür Teilnahme am Rindlbesuch des Bezirksamts 4 auf dem Grotzbergplatz.

Arbeiterport

Arbeiter-Kochbuch-Bund „Solidarität“. Tagung bei Sonntag, den 7. August, 1. Abteilung, Sonnabend, den 6. August, Sommererzählung, Sonntag Lang-berg, Start 1 Uhr Wilmersdorf, 18. — 2. Abteilung, Schillingstr. 111, Sonntag, Start 6 und 12 Uhr Wilmersdorf, 18. — 3. Abteilung, Wilmersdorf, Start 5 Uhr Wilmersdorf, 18. — 4. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 5. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 6. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 7. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 8. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 9. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 10. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 11. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 12. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 13. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 14. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 15. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 16. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 17. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 18. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 19. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 20. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 21. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 22. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 23. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 24. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 25. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 26. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 27. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 28. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 29. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 30. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 31. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 32. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 33. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 34. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 35. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 36. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 37. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 38. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 39. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 40. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 41. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 42. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 43. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 44. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 45. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 46. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 47. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 48. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 49. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 50. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 51. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 52. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 53. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 54. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 55. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 56. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 57. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 58. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 59. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 60. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 61. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 62. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 63. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 64. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 65. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 66. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 67. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 68. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 69. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 70. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 71. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 72. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 73. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 74. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 75. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 76. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 77. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 78. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 79. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 80. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 81. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 82. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 83. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 84. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 85. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 86. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 87. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 88. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 89. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 90. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 91. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 92. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 93. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 94. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 95. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 96. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 97. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 98. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 99. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 100. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18.

Arbeiter-Offiziersbund, Gruppe 5. Der geplante Ausflug nach Wehnesee (Kil) aus, dafür Teilnahme am Rindlbesuch des Bezirksamts 4 auf dem Grotzbergplatz.

Arbeiter-Kochbuch-Bund „Solidarität“. Tagung bei Sonntag, den 7. August, 1. Abteilung, Sonnabend, den 6. August, Sommererzählung, Sonntag Lang-berg, Start 1 Uhr Wilmersdorf, 18. — 2. Abteilung, Schillingstr. 111, Sonntag, Start 6 und 12 Uhr Wilmersdorf, 18. — 3. Abteilung, Wilmersdorf, Start 5 Uhr Wilmersdorf, 18. — 4. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 5. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 6. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 7. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 8. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 9. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 10. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 11. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 12. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 13. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 14. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 15. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 16. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 17. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 18. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 19. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 20. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 21. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 22. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 23. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 24. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 25. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 26. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 27. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 28. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 29. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 30. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 31. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 32. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 33. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 34. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 35. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 36. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 37. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 38. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 39. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 40. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 41. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 42. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 43. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 44. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 45. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 46. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 47. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 48. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 49. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 50. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 51. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 52. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 53. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 54. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 55. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 56. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 57. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 58. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 59. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 60. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 61. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 62. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 63. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 64. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 65. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 66. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 67. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 68. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 69. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 70. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 71. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 72. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 73. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 74. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 75. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 76. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 77. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 78. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 79. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 80. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 81. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 82. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 83. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 84. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 85. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 86. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 87. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 88. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 89. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 90. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 91. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 92. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 93. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 94. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 95. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 96. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 97. Abteilung, Wilmersdorf, Start 4 Uhr Wilmersdorf, 18. — 98. Abteilung, Wilmers